

Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 RM.
Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0.15 RM.

Hauptgeschäftsstelle:

Köln a. Rh., Jülicher Straße 27 · Fernsprecher 212262
Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen

Arbeitsmann! Es geht um dein Schicksal!

Endlich machten sich auch in Deutschland die ersten Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung bemerkbar. Das bisher ständige rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit kam zum Stillstand. Alle maßgebenden Faktoren glaubten im kommenden Frühjahr mit einer erheblichen Besserung der Wirtschaftslage rechnen zu können. Insbesondere dann, wenn eine um das Wohl des Volkes und der Wirtschaft besorgte Regierung den Wiederaufstieg durch geeignete Maßnahmen unterstützen, alles unterlassen würde, neue Erregung, neue Unruhe, durch unnötige Wahlen in Volk und Wirtschaft zu tragen.

Doch die politische und soziale Reaktion hat anders beschlossen.

Sie will sich mit der politischen Gleichberechtigung, dem gleichen Wahlrecht, dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in der Wirtschaft, dem neuen Arbeitsrecht, dem Tarifvertrag, dem Schlichtungswesen, den Betriebsräten nicht abfinden. In Staat und Wirtschaft soll wieder die kleine Gruppe der Herrenmenschen unbeschränkt herrschen.

Die Regierung Papen hat ihr Programm: Beseitigung der Einrichtungen, die angeblich den Staat zu einer „Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiterschaft“ machen, gründlich durchgeführt. Weiterer Lohnabbau, Kürzung der fargen Renten und Unterstützungen, Auslieferung der gesetzlichen Sozialversicherung an die Ministerialbürokratie, Verschlagung des Tarifrechts und der Arbeitslosenversicherung als Versicherung waren die Mittel dazu. Der Erfolg dieser sozialen und politischen Reaktion zeigt sich in dem

erneuten Ansteigen der Arbeitslosigkeit

auf den höchsten Stand von über sechs Millionen.

Der ehemalige Reichskanzler von Papen hat — wie jetzt bekannt wird — damals ausgesprochen, daß er die Beseitigung von vermeintlichem Mißbrauch der Demokratie für wichtiger hält, wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der angebliche Mißbrauch der Demokratie besteht in nichts anderem, wie in dem Gebrauch des

Mitbestimmungsrechtes und der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft

in der Beseitigung der Vorherrschaft der Junker, Schlotbarone und Scharmacher in Staat und Wirtschaft. Die Regierung Brüning wie auch die des „sozialen“ Generals Schleicher wurde gestürzt, weil sie die Befehle der sozialen Gerechtigkeit anerkennen wollten.

Zu all diesem kommt jetzt noch

der Spott und Hohn

mit dem die Arbeiterschaft überschüttet wird. Jeder ehrliche Versuch um die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit wird als volks- und staatsfeindlicher Marxismus zu diffamieren versucht. Alle Parteien, Organisationen und Volk-

gruppen, die in der Nachkriegszeit ehrlich beitrebt gewesen sind, den durch das alte System geschaffenen Trümmerhaufen aufzuräumen, die nationale Einheit zu wahren, Staat und Wirtschaft wieder aufzurichten, Deutschland wieder die Gleichberechtigung zu verschaffen, aber auch der Arbeiterschaft Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, sollen als national unzuverlässig, als unwürdig von der

nationalen Einheit

ausgeschlossen werden. Millionen deutscher Arbeiter haben im Kriege ihre Treue zu Volk und Vaterland mit dem Tode besiegelt. Millionen leiden noch heute unter den Verlehnungen und Entbehrungen der damaligen Zeit. Hunderttausende unserer Standeskollegen haben neben den übrigen Volksgenossen in den bedrohten Gebieten in Ost und West, an Rhein und Ruhr sich dem Willen der fremden Mächte und der Befehlstruppen entgegengestellt, das Separatistengefinde zu Hausen getrieben. Viele sind hierbei zu Tode gekommen, verhaftet, geschunden, verurteilt, eingekerkert worden, haben mit Frau und Kind Haus und Heimat verlassen müssen, nur weil sie

der Nation, dem Vaterlande, die Treue hielten.

Wenn bei ihnen materielle Vorteile ausschlaggebend gewesen wären, hätten sie sich anders einstellen müssen.

Für diese ihre treue nationale Gesinnung werden sie jetzt zum Lohne beschimpft

des vaterlandslosen Gefolles geziehen.

nur weil sie der Junkerkaste nicht zu willen sein wollen, auch für sich Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und die Möglichkeit für eine menschenwürdige Lebenshaltung verlangen.

Ein Hundsfott

ein jeder Arbeiter, der sich dieses ohne jede Gegenwehr bieten läßt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft will echte und wahre Volksgemeinschaft, ein Zusammengehen und Zusammenstehen aller Kreise, die es ehrlich mit Volk und Vaterland meinen. Wollen aber keinen von einer kleinen Kaste diktierten Friedhofsrieden, wobei Charakter, Volkstreue, Ehrlichkeit und alles andere, was ein Volk zufrieden und glücklich machen kann, zu den Hunden gehen würde.

Wir kennen die Pläne eines

Hugenberg-Papen und Co.,

wissen, daß in ihnen die politische und soziale Reaktion verkörpert ist. Müssen daher auch jede geminnungsgemäße Gemeinschaft ablehnen mit einer Bewegung, die sich in die Gefolgschaft und Abhängigkeit des in Hugenberg-Papen verkörperten Scharmachertums begeben hat.

Nicht Hitler, die Nationalsozialisten, haben heute die Führung der Reichsregierung in Wirtschafts- und Sozial-

fragen, sondern jene arbeiterfeindlichen Kreise, die sich um Hugenberg und Bapen zusammengefunden haben.

Die alte Herrenlaste ist von einem starken Nachthunger befeelt. Sie will unter allen Umständen wieder die alleinige Macht im Staate, in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in der Wirtschaft und den Betrieben. Vorzugsweise geht das kapitalistische Machtstreben auf die

Beherrschung der gemeinnützigen öffentlichen Betriebe.

Die Finanznot der Gemeinden soll benutzt werden, um die Regiebetriebe zu beileigen, den ausschlaggebenden Einfluß der öffentlichen Körperschaften in den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen auf ein Minimum zurückzudrängen. Die hier beschäftigte Arbeiterschaft soll des letzten sozialen Schutzes, der besonderen sozialen Einrichtungen, beraubt werden.

Die deutsche Bergwerkszeitung, das Sprachrohr des Herrn Hugenberg, kündigt bereits in einem Artikel des Industriellen Dr. Kossberg an, daß die Wirtschaft durch Senkung der Lebenshaltungskosten saniert werden müsse. Aber nicht Abbau der Preise, durch Senkung der überhöhten Löhle, der überhöhten Unkosten der Industrie infolge Ueberfegung der bürokratischen Verwaltung in der Großindustrie, der Hunderttausend-Mark-Gehälter usw., sondern durch

weitere Senkung der Löhne und Gehälter bis zu 40 Prozent.

Ist dieser Plan auch Wahnsinn, eine volkswirtschaftliche Herrücktheit, so paßt er doch zu dem neuen System, ist Methode.

Den drohenden Gefahren für eine gesunde soziale und wirtschaftliche Entwicklung gegenüber genügt es für die Arbeiterschaft nicht

eine Faust in der Tasche zu machen.

Noch steht Recht, Verfassung und Gesetz der Arbeiterschaft zur Seite. Sich schüßend davor zu stellen ist heute die

erste Staatsbürgerpflicht vornehmlich der Arbeiterschaft.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist frei, keiner Partei hörig, keiner verpflichtet. Weil sie aber Interessenvertretung der Arbeiterschaft ist, lehnt sie nicht nur den Marxismus, den Klassenkampf von unten, sondern auch

den Klassenkampf von oben

entschieden ab. Muß daher auch, um ihre Lebensberechtigung zu beweisen, in scharfe Frontstellung treten gegenüber Parteien und Organisationen, die das Recht auf Gleichberechtigung und menschenwürdige Lebenshaltung verneinen.

Unser Lebenswille muß stärker wie bisher in die Erscheinung treten. Gerade jetzt geht es darum, unsere Gewerkschaften, unsere Standes- und Berufsorganisationen doppelt stark und aktionsfähig zu machen.

Daneben aber gilt es, den letzten Arbeitskollegen anzuhalten, vom vornehmsten Staatsbürgerrechte, dem Wahlrechte, den rechten Gebrauch zu machen. Die Wahlstimme des christlichen Gewerkschaftlers gehört daher nur jenen Bewerbern, die bewiesen haben, daß sie eintreten

für christliche Sitte und Moral nicht als Sonntagslaube, sondern auch im staatlichen und wirtschaftlichen Leben, für die Wahrung des Rechtes, von Verfassung und Gesetz, für wahre Kultur, für soziale Gerechtigkeit, für Wahrheit und Freiheit.

Wir wollen nicht:

**den kleinen und großen Bürgerkrieg,
die Herrschaft einer Klasse oder Klasse,
die Zerreißung des deutschen Volkes.**

Für diese unsere Ideale kämpfen wir, verteidigen sie gegen Angriffe von rechts und links, von oben und unten.

Der tiefere Sinn des Kampfes

Die unbefchränkte Privatwirtschaft. Die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze, nach denen sie handeln muß. Die Gesetze von Sitte und Moral haben nur Geltung, „wie ich sie auffasse“ und mit den besonderen Gesetzen der Wirtschaft nicht im Gegensatz stehen. Befreiung der Wirtschaft von den staatlichen Fesseln, insbesondere von den gesetzlichen sozialen Verpflichtungen. Ausschluß auf Gewinne kann nur der einzige Antriebsmotor der Wirtschaft sein. Es entspricht einem Naturgesetz, daß der Starke den Schwächeren bis zu seiner Vernichtung bekämpft. Der Staat hat daher gegenüber der Wirtschaft den Nachthümer zu spielen. Nur durch Gesetze, Verträge und Polizei dafür zu sorgen, daß das nach dem bestehenden Normalrecht erworbenene Eigentum unter allen Umständen gegen jeden Eingriff geschützt ist. Dieses ist die Weltanschauung des echten Wirtschaftsliberalismus.

Auf der anderen Seite: Privateigentum, wenigstens von Grund und Boden, an Produktionsmitteln, in Diebstahl, Ueberführung dieses gesamten Privateigentums in die Hand der Gesamtheit, des Staates. Persönlichkeitswerte sind nur anzuerkennen, soweit sie dem sozialistischen oder kommunistischen Staate dienlich sind. Kollektivismus, Staatsomnipotenz über Persönlichkeitswerte.

Noch keinen Augenblick hat der Kampf um die Bewirtlichung dieser Forderungen und Anschauungen, seitdem die ehemaligen Agrarstaaten in Industriestaaten sich umgewandelt haben, geruht. Er wird auch niemals endgültig zugunsten einer Richtung entschieden werden. Ohne Kompromiß zwischen Privatwirtschaft und „sozialistischer“ Wirtschaft wird eben keine Wirtschaft mehr bestehen können. Wir stehen heute viel tiefer in diesem Kompromiß, wie die auf den äußeren Flügeln Stehenden sich selbst einbilden wollen. Den Eingriff des Staates in die freie Wirtschaft läßt sich der Privatkapitalismus gerne gefallen, wenn er ihm von Nutzen ist. In Schutzhüllen gegen die freie Wirtschaft kann angeblich nicht genug getan werden. Die Privatkapitalisten in der Großlandwirtschaft nahmen genau so gern die Subventionen wie die Großbanken, obwohl diese Gelder doch sozialistischer

tes Eigentum der Staatsbürger ist. In der Großindustrie ist durch Ringe, Syndikate usw. durch Produktionsregelung und Preisfestsetzung die freie Wirtschaft aufgehoben, damit aber auch der volkswirtschaftlich wertvollste Teil der freien Wirtschaft; die persönliche Tätigkeit, der Wagemut, die Regsamkeit und die eigene persönliche Verantwortung des Unternehmers, das Risiko bei falschen Maßnahmen, auch den Schaden selbst zu tragen, beseitigt. An Stelle des eigentlichen Unternehmers ist der beamtete Generaldirektor mit festem Gehalt getreten, der den größten Teil der Verantwortung auf die Syndikatsleitung abläßt, und diese die Kosten ihrer Spekulationen zunächst auf die Konsumenten durch höhere Preise und wenn dieses nicht mehr geht, auf die Aktionäre abläßt. Gern läßt man sich in diesen Kreisen den Schutz des Staates für ihre Verträge zur Aufhebung der freien Wirtschaft gefallen.

Beseitigung der freien Wirtschaft, härtesten Eingriff des Staates in die Wirtschaft verlangt der sogenannte Mittelstand. Konkurrenz soll angeblich die Leistungsfähigkeit eines Standes und Berufes fördern. Warum denn aber die ständige Forderung an den Staat, durch Verbote und Sondersteuern für Konsumvereine und Warenhäuser diese Konkurrenz auszuscheiden.

Als den stärksten Gegner gegen eine freie Wirtschaft hat sich die Großlandwirtschaft entwickelt. Ihr kann der läckenlose Zolltarif nicht hoch genug sein, durch Kontingentierung, Einfuhrsperrn die Grenze nicht hermetisch genug abgeschlossen werden. Darüber hinaus soll die Allgemeinheit verpflichtet sein, die vielfach durch eigene Schuld bankrott gemachten Güter mit Millionenbeträgen zu sanieren. Unter diesen Umständen kann die „freie Wirtschaft“ nur als Fiktion angesprochen werden. Ist gar nicht mehr vorhanden, von den Unternehmern selbst in Grabe getragen.

Die Fiktion der freien Wirtschaft wird aber trotz allem unrechtserhalten versucht, um zu verhindern, daß das Volk, der Staat, jene Betriebe und Unternehmungen, wie den Bergbau

und sonstige gemeinnützige Betriebe, die sich von einem Staats- oder Regiebetrieb nur dadurch unterscheiden, daß die Gewinne zwar privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden, selbst übernimmt. In diesem Falle gehen nämlich nicht nur die Verluste zu Lasten, sondern auch die Gewinne zur Entlastung der Gesamtheit.

Der gegenwärtige Kampf, das Ringen um die Staatsmacht, geht daher gar nicht mehr um die Frage, ob der Staat in die Wirtschaft eingreifen soll oder nicht, sondern zu wessen Gunsten soll sich die Staatsgewalt mit ihrem Einfluß auf die Wirtschaft einsetzen.

Es geht um nichts anderes, als um die Frage, soll das Eigenrecht der Sozialpolitik anerkannt, oder das gesamte staatliche, gesellschaftliche und auch kulturelle Leben unter den Grundsatz der Rentabilität gestellt werden? Soll dem Staate das Recht zuerkannt werden, um des Gemeinwohlens willen, die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen, und ob die Wirtschaft vom Staate gebändigt werden soll oder nicht?

Nachdem bei Beendigung des Krieges jene Mächte und kleine Volksschicht, die bisher die Staatsmacht in Händen hatte, in der Hauptsache durch eigene Schuld zusammengebrochen, war es selbstverständlich, daß nunmehr auch die Staatsgewalt zugunsten der bisher vernachlässigten tiefmütterlich behandelten Volksschichten eingesetzt wurde. Politische Gleichberechtigung, modernes freierliches Arbeitsrecht, gesetzliche Fundamentierung der Selbsthilfeorganisationen, Tarifvertragsrecht, Schlichtungsweisen, Wiederaufrichtung der zusammengebrochenen Sozialversicherung usw., nicht auch zuletzt der staatlichen Versuch, die Arbeiterschaft gesellschaftlich gleichberechtigt und gleichwertig anzuerkennen, war das selbstverständliche Ergebnis der großen Umwälzung.

Der eigentliche Sinn des gegenwärtigen Kampfes um die Staatsmacht, der sich uns in der Form eines parteipolitischen Ringens darstellt, ist demnach im eigentlichen Kern nichts anderes, wie ein soziales Ringen.

Dabei steht auf der einen Seite die ehemals allmächtige Herrenkaste, verkörpert in Hugenberg — von Papen, Bang und von Rohr, in dessen Rücken die Junter, ehemalige regierende, in der Republik ihrer Würde entleideter Dynastien, nebst jenem Teil des alten Militärs stehen, das sich mit der Entwicklung nicht abfinden kann. Wie sich jene Gruppe stellt, als deren Vertreter der Arbeitsminister Selbste herausgestellt ist, ist noch sehr unklar. Aber auch nicht von besonderer Bedeutung, da sie verhältnismäßig klein und in ihrem sozialen und volkswirtschaftlichen Wollen zu unsicher und widerspruchsvoll ist.

Dieser sozialen Reaktion gegenüber steht die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft. Zwar weltanschaulich und parteipolitisch gesehen nicht einig, aber doch durch den Zwang, Lebensmöglichkeit, soziale und politische Freiheit verteidigen zu müssen, gezwungen, gemeinsam die Front gegen die soziale Reaktion zu nehmen. Nur ist lebhaft zu bedauern, daß der Kommunismus, innerlich unstei, von Rußland abhängig, wegen seiner staatspolitischen Haltung, seiner Stellungnahme zu den kulturellen und sonstigen nationalen Fragen als aktive Fronttruppe der Arbeiter im sozialen Ringen nicht in Betracht kommt.

Der sozialen Reaktion gegenüber stehen weiter die sogenannten bürgerlichen Mittelparteien, die gewiß nicht in allem mit der Arbeiterschaft vollständig einig gehen, aber doch aus ihrer christlichen Weltanschauung, aus staatspolitischer Klugheit heraus, den demokratischen, republikanischen Volkstaat vorbehaltlos bräuben, sich einsetzen für soziale Gerechtigkeit, für einen vernünftigen Ausgleich der natürlichen Interessengegensätze der verschiedenen Volksschichten. Jene Parteien, die im wahren

Interesse des Volkes und der Nation, nicht die Macht als Recht anerkennen, keine Spaltung des Volkes in sich bis aufs Messer belämpfenden Gruppen wollen.

Mitten in diesem sozialen Ringen steht, unerschütterlich, schwankend, eine Bewegung, die sich zwar sowohl „Arbeiterpartei“ wie auch „sozialistisch“ nennt.

Nach ihrem Namen, nach ihrem Programm — soweit solches vorhanden — und nach ihren parteiamtlichen Verlautbarungen zu urteilen, müßte sie restlos vorbehaltlos auf Seiten der Arbeiterschaft stehen. Und doch die harte Tatsache, daß diese Bewegung erst die Möglichkeit geschaffen hat, die soziale Reaktion an die staatliche Macht zu bringen. Gewiß, unter Wahrung der Verfassung, kommt nach Lage der Dinge in Deutschland eine Regierung ohne Koalition nicht zustande. Doch keine Koalitionsgruppe ist bisher in eine derartige enge Zusammenarbeit eingetreten, ohne die Gewißheit zu haben, in keinem Punkte ihre grundsätzliche Einstellung opfern zu müssen. Stets wurde vorher das Regierungsprogramm vereinbart, festgelegt und veröffentlicht.

Auch Hitler wird in ganz kurzer Zeit bekennen müssen, auf welche Seite er sich schlagen will. Ob sozialer Fortschritt oder soziale Reaktion. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands duldet kein Fortwursteln. Die Wirtschaft und damit die Arbeitsmöglichkeit verschlechtert sich unter der jetzigen unsicheren Lage wieder zusehends. Die Frage Erfüllung der Forderungen des Landbundes in bezug auf Zollfragen oder aber Agrarstützung der Interessen der Exportindustrie, zu entscheiden, dafür sorgt schon das Ausland und der von diesem ausgeübte Zwang.

Die politischen Schwierigkeiten werden diese Bewegung vor die Frage stellen: Soll Recht und Gesetz, die Grundlage eines jeden geordneten Staatswesens beachtet werden, oder darf eine Partei, eine Bewegung um parteipolitischer und organisatorischer Vorteile wegen den Verfassungsbruch als erlaubt erklären und danach handeln? Wohin man auch blickt, überall Probleme, denen auch die Nazis nicht ausweichen können. Die gelöst werden müssen, und über die kein Vierjahresplan ohne konkreten Inhalt, keine sagen Versprechungen hinwegzutäuschen vermögen. Daran ändern auch alle Versuche, das deutsche Volk mit dem Kommando „Stillgestanden, Maulhalten“ einzuschüchtern, gar nichts. Die deutsche Arbeiterschaft wird am 5. März durch ihre Stimmabgabe dafür sorgen, daß Klarheit darüber geschaffen wird, ob eine Bewegung, die sich Arbeiterpartei und sozialistisch nennt, ein dauerndes Bündnis mit der sozialen und politischen Reaktion eingehen will oder nicht. Damit fällt zugleich die Entscheidung, ob der Eingriff der Staatsgewalt in die Wirtschaft, nur ganz einseitig zugunsten des Kapitalismus erfolgen soll, oder ob hierbei die soziale Gerechtigkeit die Richtschnur bildet.

Diese Entscheidung ist aber nicht allein durch den Stimmzettel herbeizuführen. Daneben müssen wir unsere Berufs- und Standesorganisationen nun erst recht stärken und höchstmöglich aktionsfähig erhalten. Dazu können wir aber keine schwankenden Gestalten gebrauchen. „Schwankende Gestalten in schwankender Zeit vergrößern das Übel.“

Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat sich 1918 nicht zu Novemberlingen umgewandelt, wird auch jetzt nicht zu Septemberlingen umgestaltet werden können.

Diesen Ruhm überlassen wir jenen Gestalten, die in der Vorkriegszeit kühnlich Hurra schrien, 1918 ihr republikanisches, sozialdemokratisches Herz erwiderten, und 1932/33 nicht schnell genug ihre Fahne nach dem Winde von oben umstellen konnten.

Arbeitsdienstpflicht

In den Rundgebungen der neuen Reichsregierung wird ein Vierjahresplan angekündigt. Künftig wird aber jeder konkrete Vorschlag zur Überwindung der Wirtschaft- und Sozialnot vermieden. Man ergeht sich lediglich in Vorwürfen gegen die Vorgänger in der Regierung und leeren Versprechungen, die zu nichts verpflichten. Das ist durchaus verständlich. Mit Rücksicht läßt man das Volk über die Pläne und Vorhaben im Dunkeln. Keiner wagt zu sagen, was er eigentlich will, um den

erhofften Wählerfolg nicht zu gefährden. Dann aber auch schweigt man sich über jede konkrete Wirtschafts- und Sozialfrage aus, weil hierüber die Ansichten in der Reichsregierung sich diametral gegenüberstehen. Die bisherigen, vor der Regierungsbildung, parteiamtlichen oder persönlichen Äußerungen über soziale Fragen seitens Hitlers auf der einen und seitens Hugenberg-von Papen auf der anderen Seite, stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Jede Richtung weht sich, dieses heiße

Ehen vor der Wahl anzufassen. Der Sturm der Entrüstung, der gegen die beschlossene Zerschlagung des Arbeitsministeriums ausgebrochen ist, hat selbst den Herren Hugenberg und Papen veranlaßt, die Durchführung vorerst zurückzustellen. Wie mag um dieses Verlangen der Scharfmacher im Kabinett gerungen, gefeilt und gekuhandelt worden sein, bis Hugenberg veranlaßt werden konnte, die Durchführung auf eine für die Nazis günstigere Zeit zu verschieben.

Nur in einem Punkte scheinen sich die ungleichen Brüder einig zu sein. Der deutschen Jugend soll wieder das Bewußtsein beigebracht werden, daß sie Untertan ist, sich von besseren Menschen, Menschen erster Klasse, zu führen, leiten, kommandieren und schubriegeln zu lassen hat. Da es nicht möglich ist, den Kasernenhof in der alten Form wieder aufzurichten, soll er in neuer Aufmachung geschaffen werden. An Stelle des freiwilligen Arbeitsdienstes soll die Arbeitsdienstpflcht treten. Jeder junge Mann soll mindestens ein Jahr lang zwangsweise zu einer bestimmten Arbeitsleistung herangezogen werden können.

Wir sind gewiß die letzten, die nicht aus eigener täglichen Erfahrung die schweren Gefahren der Arbeitslosigkeit für die Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit und das berufliche Können und Wissen erkennen wollten.

Wissen auch die großen sittlichen und moralischen Gefahren des monate- ja jahrelangen Herumdummeln richtig einzuschätzen. Mühsiggang ist aller Laster Anfang.

Um diesen Gefahren in etwa entgegenzuwirken, ist der Freiwillige Arbeitsdienst geschaffen. Die christlichen, wie auch die freien Gewerkschaften beteiligen sich am F.A.D. und sind zum Teil Träger des Dienstes. Träger des F.A.D. ist derjenige, der die Dienstwilligen sammelt, die Arbeit organisiert, für Verpflegung und Unterkunft sorgt und in der Hauptsache die Führung, Leitung der Gruppe in Händen hat.

Trotz aller Versuche, den F.A.D. als eine besondere soziale Erziehungsinstitution hinzustellen, kann nicht eindringlich genug darauf verwiesen werden, daß er nur ein Notbehelf ist. Alles andere ist wie ein Ideal. Junge Leute gerade in den Jahren, die für ihre berufliche Ausbildung die wichtigsten sind, aus der beruflichen Tätigkeit zu reißen, sie mit Arbeiten zu beschäftigen, die beruhsfremd, fast ausschließlich nur die körperlichen Kräfte in Anspruch nimmt, muß auf die Dauer die fachliche Leistungsfähigkeit, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Handwerks, wie überhaupt jede Qualitätsarbeit schädigen und gefährden. Nur allein die Unmöglichkeit, den jungen Leuten in ihrem eigentlichen Berufe Beschäftigung verschaffen zu können, sie vor dem Mühsiggange zu bewahren, kann dieses rechtfertigen. Arbeitsdienst in jeder Form ist grundsätzlich entschieden abzulehnen, sofern nur irgendwie eine Möglichkeit besteht, die jungen Leute in einem freien Dienst- oder Arbeitsverhältnis unterzubringen.

Arbeitsdienst in jeder Form kann nur ein recht dürftiger Ersatz für die Erziehungswerte einer ständigen geordneten Berufstätigkeit sein. Alle Versuche, durch einen gewissen Zwang von außen, junge Menschen von 18 bis 25 Jahren zu guten Staatsbürgern, charaktervollen Menschen zu erziehen, werden in der Regel scheitern. Ebenso scheitern, wie alle Erziehungsversuche auf den früheren Kasernenhöfen. Man rede doch nicht von der Erziehung zu ordentlichen Menschen, zu staatsbürgerlicher Haltung, durch den Militarismus. Die Tatsache, daß der Prozentsatz an fachlich und beruflich tüchtigen, charaktervollen Menschen, an guten Staatsbürgern bei dem nichtgedienten mindestens genau so groß ist wie bei den ehemaligen Soldaten, während es andererseits unter den ehemaligen Soldaten verhältnismäßig genau so viel asoziale Elemente, Verbrecher usw. gegeben hat, wie beim übrigen Teil der Bevölkerung, ist nicht zu leugnen. Andererseits hat unleugbar eine große sittliche Gefahr in dem zwangsweise Zusammenpressen von unverdorbenen, jungen Menschen mit Elementen, die noch so eben am Zuchtbaus vorbeigekommen waren, bestanden, die auch durch die schärfste Disziplin nicht beseitigt werden konnte.

Die kurze Erfahrungszeit mit dem freiwilligen Arbeitsdienst hat schon genügt, um zu zeigen, daß ein Erfolg in erzieherischer Beziehung beim Arbeitsdienst nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu erwarten ist. Und zwar nur dann, wenn eine Arbeitsgruppe auch eine Gesinnungsgemeinschaft ist, wenn die

jungen Leute, die zusammen leben, arbeiten, wohnen sollen, nicht durch äußeren Zwang, sondern sich innerlich durch die gleiche Weltanschauung, die gleichen sittlichen Ideale verbunden fühlen. Alles Gerede von Volkverbundenheit, mustergültigem Verhalten, großem Idealismus und erzieherischen Erfolgen in Arbeitslagern, wo hinsichtlich der Berufs- und Standeszugehörigkeit, der Weltanschauung, der politischen und religiösen Ueberzeugung, der schulischen Vorbildung die unhomogenen Elemente zusammengewürfelt sind, ist reiner Bluff. Es widerspricht eben dem natürlichen Empfinden, aller menschlichen Erfahrung, anzunehmen, daß aus der gemeinsamen Arbeit, aus dem täglichen Zusammenleben unter dem Zwange der Not, trotz schärfster Beeinflussung der Leitung, große erzieherische Werte geschaffen werden könnten. Wenn sich heute viele junge Menschen zum F.A.D. melden, dann nicht, weil sie innerlich sich hierzu hingezogen fühlen, sondern diesen als letzten Ausweg betrachten, der Arbeitslosigkeit, des Herumlagerens zu entfliehen und ein paar Mark Einkommen zu haben. Der Not gehorchend, ohne die innerliche Bereitwilligkeit, sich erzieherisch beeinflussen zu lassen, gliedern sie sich dem Dienste ein. Soweit trotzdem durch den F.A.D. sittliche Werte geschaffen werden, dann weil überhaupt erst regelmäßige ernste Arbeit die sittliche Persönlichkeit schafft und der von einer Gesinnungsgemeinschaft (Gewerkschaft, Gesellenverein, Jugendbund) getragene Arbeitsdienst als eine Fortsetzung der Aufgabenerfüllung dieser Organisationen, deren freiwillige Mitglieder die Arbeitsdienstwilligen sind, von ihnen angesehen wird. In dem Augenblicke, wo aber an Stelle der Freiwilligkeit der staatliche Zwang tritt, wird die wichtigste Voraussetzung für einen erzieherischen Erfolg beseitigt.

Wenn trotzdem die neue Regierung den Zwang, die Arbeitsdienstpflcht fordert, ist es das heiße Verlangen, die Arbeiterjugend mittels der Arbeitsdienstpflcht im Sinne der politischen und sozialen Reaktion wieder beeinflussen zu können. Gegenüber dem gesteigerten Einfluß der Berufs- und Standesorganisationen, der konfessionellen Vereine, der politischen Parteien auf die Jugend soll ein Gegengewicht zugunsten der jetzigen Regierungsparteien geschaffen werden. Weil der größte Teil der Jugend, insbesondere die Arbeiterjugend, nichts wissen will von dem parteipolitisch abgestempelten Nationalbewußtsein der Hitler, Hugenberg, Papen und Selbte, soll der zwangsweise Arbeitsdienst dazu dienen, ihre Parteiherrschaft im Staate zu stützen und zu sichern. Daneben geht es darum, ihren Anhängern wieder Posten und Stellen zu verschaffen, in denen sie über andere nach Launen befehlen und herrschen können. Wirklich ein feiner Plan, die Arbeiterjugend bei der Arbeit an den unbedingten rohen Kadavergehorsam zu gewöhnen. Man erwartet von der Zwangsdienstpflcht, daß sie die Voraussetzungen schafft, um in den Werken und Betrieben wieder das Herr-im-Haus-System einführen zu können.

Dieser fein ausgeheckte Plan soll, trotzdem er wirtschaftlicher Unsinn ist, durchgeführt werden. Der bisherige F.A.D. kostet im Durchschnitt pro Mann und Jahr rund 1000 Mark. Ungefähr das doppelte des Arbeitslosenunterstützungssakes, obgleich nur solche Arbeiten ausgeführt werden, die die geringsten Unkosten an Material usw. erforderten. Rund 220 000 Mann sind in letzter Zeit beschäftigt worden, mit einem Kostenaufwand von rund 200 Millionen Mark pro Jahr. Eine größere Anzahl zu beschäftigen, scheiterte nicht an dem Mangel an arbeitsdienstwilligen jungen Leuten, sondern an der Kostenfrage. Eine Beschäftigung von etwa 1 Million würde aber nur bei gleichbleibenden Kosten für den einzelnen den fünffachen Betrag, eine Milliarde Mark, erfordern. In Wirklichkeit aber würde dieser Betrag sich auf das drei- bis vierfache belaufen. Schon heute ist es fast unmöglich für die 220 000 Mann geeignete Arbeiten, die einerseits volkswirtschaftlich einen Wert besitzen, und andererseits dem freien Arbeiter nicht das Brot nehmen und neue Arbeitslosigkeit schaffen würden, aufzutreiben. Bei Durchführung der Arbeitsdienstpflcht müßten daher entweder:

1. unproduktive Arbeiten gemacht werden, mit dem volkswirtschaftlichen Ergebnis, daß die hierfür aufgewandten Kosten nutzlos verpulvert würden. Der erste Schritt der Reichsregierung zu einer neuen Inflation. Mit dem weiteren Ergebnis der Vernichtung des sittlichen Wertes der Arbeit. Unproduktive, nutzlos

Arbeit (Sisyphusarbeit) kann niemals eine Befriedigung, ein Gefühl der Pflichterfüllung auslösen.

2. Es werden Arbeiten mit erhöhten Material- und sonstigen Unkosten, die bis zum dreifachen der bisherigen Unkosten berechnet werden, in Angriff genommen. Die notwendige Folge: daß, soweit volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit geschaffen würde, diese der freien Wirtschaft entzogen und damit die Arbeitslosigkeit vergrößert würde. Unproduktive, oder auch nur zu teure Arbeiten, zu Lasten der öffentlichen Kassen, ist aber eine Gefahr für die Wahrung und Wirtschaft.

Rein wirtschaftlich gesehen, ist für die Volkswirtschaft wie auch für die Finanzlage des Reiches, die Gewährung einer ausreichenden Unterstützung an die jungen Leute viel billiger wie der Arbeitsdienst.

Wenn trotzdem die Pläne der Arbeitsdienstpflicht von der

jetzigen Reichsregierung, entgegen allen bisherigen Erfahrungen, so energisch verfolgt werden, dann steht bestimmt etwas anderes dahinter, wie die Sorge um das Wohl der arbeitslosen Jugendlichen. Ueber die Arbeitsdienstpflicht will die „nationale Konzentration“, richtig bezeichnet, die soziale und politische Reaktion an jene Arbeiterjugend herankommen, die sich bisher den Plänen der Scharfmacher, Junker und Herrenmenschen als nicht zugänglich gezeigt hat.

Die Gewerkschaften lehnen die Arbeitsdienstpflicht entschieden ab. Nicht nur aus jenen Gründen, die von anderen Ständen und Volksschichten dagegen geltend gemacht werden, sondern auch weil sie nicht gewillt sind, ihre Jugend dem Herrenmenschen auszuliefern. Lehnen sie ab, weil damit zu rechnen ist, daß die Kosten eines solchen Experiments in erster Linie, zu den bisherigen besonderen Belastungen für die Arbeitslosenfürsorge, der Arbeiterschaft aufgedrückt werden.

Zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen

Wir befinden uns mitten in den Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen, die nach zweijähriger Pause wieder stattfinden. Aller Voraussicht nach wird dieses Mal die Zahl der eingereichten Listen gegenüber den Vorjahren sich vergrößern, da politische Gruppen und gelbe Vereinigungen, die jetzt ihren Weizen am blühen glauben, gleichfalls als Bewerber auftreten. Um so wichtiger wird es sein, daß die Wahlvorschriften des Betriebsratsgesetzes genau beachtet werden, damit Ungültigkeitserklärungen von Wahlen der Betriebsratsmitglieder vermieden werden.

Spätestens 20 Tage vor dem letzten Tag der Stimmabgabe ist ein Wahlauschreiben zu erlassen (§ 3 der Wahlordnung). Der Inhalt des Wahlauschreibens ist im § 3 der Wahlordnung vorgeschrieben und ein Muster in allen Betriebsratsgesetzbüchern abgedruckt, außerdem können Bordrucke von der Hauptgeschäftsstelle bezogen werden. Die Größe des Betriebsrates und die Zahl der zu den Betriebsratsmitgliedern hinzutretenden Ergänzungsmitgliedern zum Arbeiter- bzw. Angestelltenrat ergibt sich aus § 15 B.R.G. Maßgebend hierfür ist der Tag des Wahlauschreibens. Tritt bis zum Wahltag eine Veränderung der Belegschaft ein, die eine Erhöhung oder Ermäßigung der Betriebsvertretungsmitglieder nach sich ziehen würde, so bleibt dieselbe unberücksichtigt (Bensch. Samml. Bd. 12 S. 434), es sei denn, die Belegschaftszahl ist in der Regel, d. h. während des größten Teils des Jahres eine andere als zur Zeit des Wahlauschreibens. Gegen ein unrichtiges Wahlauschreiben gibt es kein Rechtsmittel, vielmehr ist die Wahl entsprechend diesem Wahlauschreiben vorzunehmen und kann hinterher angefochten werden. Das Wahlauschreiben ist so auszuhängen, daß es allen Belegschaftsmitgliedern bekannt wird, darf also nicht an einem Ort sein, der von einem Teil der Belegschaft nie betreten wird.

Mit dem Aushang des Wahlauschreibens sind auch die nach Arbeitern und Angestellten getrennten Wählerlisten (§ 2 der Wahlordnung) an die im Wahlauschreiben bezeichneten Stelle auszulegen. Sind dieselben unrichtig, so ist innerhalb drei Tagen beim Wahlvorstand Einspruch zu erheben. Dies kann auch von einem nichtwahlberechtigten Belegschaftsmitglied oder dem Arbeitgeber geschehen, jedoch nicht leitens wirtschaftlicher Vereinigungen. Wird der rechtzeitig erhobene Einspruch nicht berücksichtigt, so kann deshalb die Wahl angefochten werden. Arbeiter können auch gegen die Angestelltenwählerliste Einspruch erheben und umgekehrt. Nach drei Tagen ist die Einspruchsfrist verstrichen und braucht der Wahlvorstand keine Einwendungen mehr zu prüfen, kann aber von sich aus vorkommende Veränderungen (Abgang — Zugang von Wahlberechtigten) berücksichtigen.

Die Vorschlagslisten sind spätestens eine Woche nach dem ersten Tage des Aushanges des Wahlauschreibens ein-

zureichen. Sie sollen doppelt soviel Namen enthalten, wie Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind, und müssen von drei Wahlberechtigten unterschrieben sein (§ 5 der Wahlordnung). Die Bestimmung, daß doppelt soviel Bewerber auf einer Liste stehen, als Ämter zu vergeben sind, ist zwar nur eine „Soll-Bestimmung“, sie wird aber diesmal besonders beachtet werden müssen, weil bei einer zweijährigen Amtszeit sonst leicht eine Erschöpfung eintritt und dadurch Neuwahlen notwendig werden. Der Wahlvorstand prüft die Listen (§ 6 der Wahlordnung) und hat Beanstandungen dem Listenvertreter mitzuteilen, der innerhalb der Einreichungs- oder vom Wahlvorstand festgesetzten Frist für Abstellung der Mängel zu sorgen hat. Es ist daher bei später Einreichung besonders genau auf die Formalitäten zu achten, damit die Liste nicht zurückgewiesen wird. Als letzter Einreichungszeitpunkt gilt nicht der Dienstschluss des siebten Tages nach Aushang des Wahlauschreibens, sondern Mitternacht, wenn bis dahin dem Vorsitzenden die Liste zu einer mit der Verkehrsliste vereinbarten Stunde und an einem ebensolchen Ort angeboten wird (Bensch. Samml. Bd. 6 S. 399). Spätestens drei Tage vor Beginn der Stimmabgabe, und zwar mit Betriebsbeginn sind die Vorschlagslisten auszuhängen oder auszulegen. Bis dahin können die Unterzeichner einer Vorschlagsliste diese zurückziehen. Ein Zurückziehen der Unterschriften ist nicht möglich, weil es sich hier um eine Erklärung öffentlichen Rechts handelt (Bensch. Samml. Bd. 12 S. 132). Sind innerhalb der Einreichungsfrist keine oder keine gültigen Vorschlagslisten eingereicht worden, so kann der Wahlvorstand noch eine Nachfrist setzen bis zum Ablauf des der Bekanntmachung folgenden Tages (§ 8 der Wahlordnung). Es kann aber keine Nachfrist gesetzt oder verlangt werden, weil irgend eine Gruppe noch eine Liste einreichen will, wenn eine gültige Liste da ist (Bensch. Samml. Bd. 9 S. 326). Wird nur eine Liste zugelassen, so sind deren Bewerber gewählt (§ 8 der Wahlordnung). Als Zeitpunkt der Wahl gilt aber nicht die Einreichung, sondern die Zulassung. Sind Angestellte und Arbeiter getrennt zu wählen und wird nur für eine Gruppe eine Liste eingereicht, bei der anderen aber mehrere, so daß eine Wahl notwendig ist, so beginnt auch für die Gruppe mit nur einer Liste die Amtsperiode nach der Wahl und nicht mit der Zulassung.

Indem wir vorstehende Bestimmungen einer eingehenden Beachtung empfehlen, fordern wir alle Kollegen auf, sich tatkräftig für einen guten Erfolg bei den diesjährigen Wahlen einzusetzen. Die Betriebsratswahlen müssen den Beweis erbringen, daß die Arbeiterschaft nicht wünscht, daß ihre Vertretung im Betrieb in gleicher Weise zerrissen und damit lahmgelegt wird, wie die politischen Vertreter in den Parlamenten über parteipolitische Gesichtspunkte hinaus sich nicht zu Handlungen aufschwingen konnten und damit sich selbst erledigten.

Die Elektrizitätswirtschaft im Jahre 1931/32

Im Jahre 1931 kam die Wirtschaftskrise in der deutschen Stromerzeugung stärker zum Ausdruck als 1930, wo der zunehmende Haushaltsverbrauch den Ausfall bei der Industrie etwas ausgleichen konnte. Die gesamte Stromerzeugung betrug 1931 25 788 Millionen Kilowattstunden, gegenüber 1929, dem bisherigen Höchststand mit 30 661 Mill. Kilowattstunden sind dies 15,2 v. H. weniger. Damit ist die deutsche Stromerzeugung

nach unter den Stand von 1928 gesunken, wo dieselbe 27 870 Mill. Kilowattstunden betrug. Der Rückgang ist aber nicht allgemein, vielmehr konnte in Hohenzollern, Anhalt und vor allem im Freistaat Hessen die Stromerzeugung noch gesteigert werden und liegt in letzterem 1931 44 v. H. über der von 1928. Bei den öffentlichen Werken, die also in der Hauptsache den Strom an Fremde abgeben, war der Rückgang wieder etwas geringer

als bei den Eigenanlagen, wodurch sich der Anteil der öffentlichen Werke an der Gesamtstromerzeugung von 55 auf fast 56 v. H. erhöht hat.

Entsprechend dieser rückläufigen Tendenz hat sich erstmalig auch ein Rückgang in der Leistungsfähigkeit aller deutschen Elektrizitätswerke bemerkbar gemacht. 1930 betrug dieselbe 13.169 und 1931 13.049 Mill. Kilowatt, was einem Rückgang um 0,9 v. H. entspricht. Dieser entfällt aber in der Hauptsache auf die Eigenanlagen, während die öffentlichen Werke zumal mengenommen ihre Leistungsfähigkeit noch von 7.958 auf 8.007 Mill. Kilowatt steigern konnten, obwohl auch hier in einzelnen Landesteilen ein Rückgang festzustellen war. Die größte Bedeutung haben die Eigenanlagen bei dem Kohlen- und Erzbergbau, einschließlich der Laufgewinnung. Hier wurden 1931 289 Kraftanlagen gezählt mit einer Leistungsfähigkeit von 1.647.000 Kilowatt und 4045 Mill. Kilowattstunden Stromerzeugung, womit in bezug auf Stromerzeugung der Bergbau mit seinen Eigenanlagen an der Spitze steht. An zweiter Stelle kommt die chemische und metallurgische Industrie, die in 244 Kraftanlagen bei einer Leistungsfähigkeit von 801.000 Kilowatt 2.478 Mill. Kilowattstunden Strom erzeugte. Die eisenhaltende Industrie zählte zwar nur 77 Kraftanlagen, diese hatten aber eine Leistungsfähigkeit von 912.000 Kilowatt und erzeugten 1931 1.879 Mill. Kilowattstunden an Strom. Der viergrößte Stromerzeuger von überragender Bedeutung ist die Papierindustrie und das Vertriebsfähigkeitsgewerbe; hier wurden in 498 Kraftanlagen mit einer Leistungsfähigkeit von 374.000 Kilowatt 1.182 Mill. Kilowattstunden Strom erzeugt. Diese vier Industriezweige erzeugten also 64 v. H. des in Eigenanlagen erzeugten Stromes oder 37 v. H. der gesamten deutschen Stromerzeugung. In den letzten Jahren nimmt die Braunkohle die erste Stelle bei der Stromerzeugung ein. 1931 lieferte diese 37,9 v. H. der gesamten Stromerzeugung, die Steinkohle 37 v. H., die Wasserkraft 10,8 v. H., Gas 6,3 v. H. Bei den öffentlichen Werken spielte die Braunkohle und die Wasserkraft nach einer größeren Rolle als bei den Eigenanlagen, und zwar wurden 44,7 bzw. 21,1 v. H. des Stromes hieraus gewonnen, während Gas keine Bedeutung hat.

Der elektrische Strom ist inzwischen auch schon ein bedeutender Handelsartikel im internationalen Verkehr geworden. Deutschland bezog 1931 674 Mill. Kilowattstunden vom Ausland, davon 249 Mill. aus Österreich, 245 Mill. aus der Schweiz, 62 Mill. aus dem Saargebiet und 38 Mill. aus Frankreich. Nach dem Ausland lieferten wir 133 Mill. Kilowattstunden, und zwar nach Frankreich 69 Mill., nach der Tschechoslowakei 19 und nach der Schweiz 18 Mill. Unsere Stromhandelsbilanz war also insgesamt passiv. Aus den badisch-schweizerischen Werken Laufenburg, Rogburg-Schwarzwald und Eggenstein kamen uns als deutscher Anteil 432 Mill. Kilowattstunden zur Verfügung, von denen 417 Mill. nach Baden und 15 Mill. nach Württemberg gingen.

Im Jahr 1932 hat sich der Rückgang in der Stromerzeugung fortgesetzt. Nach der Statistik von 122 Werken, die monatlich berichten und über die Hälfte der gesamten Stromerzeugung verfügen, war die Erzeugung in den Monaten Januar bis November 1932 10 v. H. niedriger als 1931. In den letzten Monaten hatte sich die Stromerzeugung wieder etwas gehoben und erreichte im Oktober und November fast wieder dieselbe Menge wie 1931.

Entwicklung der Stromerzeugung in den Jahren 1930 und 1931.

Landesteil oder Land	Stromerzeugung		Veränderung		1931 in Eigenanlagen erzeugt
	1930	1931	in v. H.		
	Millionen KWh				
Ostpreußen	285,1	262,6	- 22,5	- 7,9	105,6
Berlin	1241,6	1122,2	- 119,4	- 9,6	74,2
Brandenburg	1718,4	1474,2	- 244,2	- 14,2	335,7
Pommern	417,8	384,6	- 33,2	- 7,9	173,9
Grenzmark	23,1	20,9	- 2,2	- 12,1	0,4
Oberschlesien	877,3	773,2	- 104,1	- 11,9	309,8
Niederschlesien	730,4	676,9	- 53,5	- 7,3	453,8
Prov. Sachsen	4080,8	3556,7	- 524,1	- 12,8	1943,6
Schlesw.-Holstein ...	376,6	334,7	- 41,9	- 11,1	70,8
Hannover	825,0	655,9	- 169,1	- 20,5	314,8
Westfalen	3560,1	3178,2	- 381,9	- 10,7	2289,9
Hessen-Rhodes	778,2	687,0	- 91,2	- 11,7	112,9
Rheinprovinz	6089,5	5079	- 1010,5	- 16,6	2420,4
Hohenzollern	4,0	4,3	+ 0,3	+ 7,5	3,6
Preußen	21067,9	18210,0	- 2797,9	- 13,3	8928,8
Bayern	2826,9	2787,5	- 39,4	- 1,4	1348,5
Sachsen	2008,2	1894,4	- 113,8	- 5,7	582,7
Württemberg	606,6	601,8	- 4,8	- 0,8	139,6
Baden	886,4	781,5	- 104,9	- 11,8	211,1
Thüringen	246,1	211,2	- 34,9	- 14,2	159,1
Hessen	232,9	340,3	+ 107,4	+ 46,2	81,6
Hamburg	520,1	490,3	- 29,8	- 5,7	25,2
Medlb.-Schwerin ...	69,4	64,4	- 5,0	- 7,2	16,5
Ostenburg	21,8	20,2	- 1,6	- 7,3	7,5
Braunschweig	127,6	111,8	- 15,8	- 12,4	62,3
Anhalt	49,8	54,0	+ 4,2	+ 8,4	52,0
Bremen, Lübeck	217,2	189,9	- 27,3	- 12,6	37,6
Meckl.-Strelitz	1,2	1,1	- 0,1	- 8,3	0,5
Lippe, Schaumb.-Lippe	31,7	29,6	- 2,1	- 6,6	26,9
Deutsches Reich ..	28913,8	25788,0	- 3125,8	- 10,8	11380,1

* Einschließlich Meckl.

Die Tagung der Sozialreformer

Es war ein besonders glücklicher Griff, daß die Gesellschaft für Soziale Reformen auf ihrer am 28. Januar in Hannover abgehaltenen Generalversammlung ausschließlich das Thema: „Die Sozialpolitik im Wandel der Staatspolitik“ behandelte. Es gibt in der Tat kaum einen zeitgemäheren Beratungspunkt. Brechtlich liegt in der Wahl eines so wichtigen Themas zugleich eine gewisse Gefahr, die im Verlaufe der Diskussion auch deutlich wurde. Wie der Wandel der Staatspolitik auf die Sozialpolitik wirkt, das kann unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten behandelt werden und eine fruchtbare Aussprache setzt voraus, daß von vornherein über ihre Ansatzpunkte einige Einigkeit besteht.

Professor Voeglich-Bester, der den Hauptvortrag hielt, stellte vor allem eine historisch-politische Betrachtung an. Er bezeichnete das Verlangen und die schließliche Selbstanschaftung der Volksvertretung als das für die Sozialpolitik entscheidende innerpolitische Ereignis der Nachkriegszeit. Er hob weiter das Erfordernis einer starken Staatsmacht als Grundbedingung für die Sozialpolitik hervor und leitete daraus die Forderung nach einer besseren Ordnung unseres Staatswesens im Verhältnis zwischen Reich und Ländern ab. Gerade die Sozialpolitik verlangt, wie an einer Reihe Beispiele gezeigt wurde, eine weitgehende Zusammenfassung der Kompetenzen in der Hand des Reiches. Damit waren einige gute Ansatzpunkte für die Aussprache gegeben, aber die grundsätzliche Seite kam doch wohl etwas reichlich kurz weg. Es blieb unerörtert, welche Konsequenzen ein grundsätzlicher Wandel der Staatspolitik, der sich nicht nur den Verhältnissen beugt, für die Sozialpolitik hat. Und die Frage, was aus einer grundsätzlichen Abwendung der

staatlichen Wirtschaftspolitik vom Liberalismus für die Sozialpolitik folgt, wurde nur eben gestreift.

Frau Professor Dr. Wunderlich, die neue Generalsekretärin der Gesellschaft für Soziale Reformen, behandelte insbesondere aktuelle Fragen der Sozialversicherung, der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Betriebspolitik. Sie führte das große Maß staatlicher Eingriffe zum Teil, und sicherlich mit Recht, darauf zurück, daß die Wirtschaft sozial nicht genug selbst regulierte, die Arbeitskraft nicht genügend pfleglich behandelt, und daß Krieg und Inflation die Proletarisierung des Volkes vergrößert haben. Sie hält es, und darin können wir wieder zustimmen, für erträglicher, durch Lohnerhöhungen von Tag zu Tag in der Krise eine verkümmerte Arbeitslosenversicherung durchzuhalten, als den Anfangpunkt für den Wiederaufbau in besseren Zeiten zu verlieren. Denn eine Fürsorge kann wohl den wirtschaftlichen Wert der Arbeitslosenversicherung ersetzen, niemals aber deren staatspolitischen Wert, der in der Stärkung der Kräfte der Selbsthilfe des Gefühles gegenseitiger Verbundenheit liegt. — Wenn Frau Professor Dr. Wunderlich hofft, man könne, anstatt auf Grund plötzlicher Produktionssteigerungen Betriebe stillzulegen, durch Arbeitszeitverkürzung in dem durch den technischen Fortschritt erweiterten Produktionszweig eine gesunde Verhältnismäßigkeit herstellen, so muß da ein Fragezeichen angebracht werden. Dabei würden sich leicht so verschiedene Arbeitszeiten von Gewerbe zu Gewerbe ergeben, daß sie schwerlich auf die Dauer Bestand haben könnten.

Die Aussprache hatte leider zum Teil nicht das von den Tagungen der Gesellschaft her gewohnte hohe Niveau. Es zeigte sich wieder, wie wenig die Kunst des Diskutierens bei uns ent-

widelt ist. Die meisten Redner brachten vorher ausgearbeitete Manuskripte mit, die sie schlecht und recht dem anpassen, was voraus gesagt worden war. Immerhin zeigte die Aussprache wieder, wie wertvoll es ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Gesellschaft für Soziale Reform eine freie Tribüne für sachliche Aussprache besitzen. Der Sprecher der Arbeitgeber, Herr Brauweiler von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bemühte sich anerkennenswert, Trennendes zurückstellen und Einendes hervorzuheben. Auch ein Redner der Sozialistischen Arbeitergewerkschaften, die leider die zweite Rednergarnitur vorschieden, während Herr Leipart sich zurückhielt, konnte in einigen Punkten grundsätzliche Einigkeit mit Brauweiler feststellen. Daß man sich heute über die Berechtigung von Sozialpolitik und Sozialversicherung nicht mehr grundsätzlich streiten muß, ist gewiß ein Gewinn. Aber es wurde nicht recht sichtbar, inwieweit die grundsätzliche Einigkeit auch ein Mindestmaß praktischer Einigkeit in sich schließt. Die praktischen Meinungsverschiedenheiten können leicht so groß werden, daß die grundsätzliche Einigkeit des größten Teiles ihres Wertes beraubt wird. So war insbesondere das, was Brauweiler zur Sozialversicherung sagte, nicht sonderlich klar und verständigungsverheißend. Er erkannte an, daß den Bedürftigen und Würdigen unbedingt geholfen werden müsse, daß aber die Un-

würdigen von der Sozialversicherung abgedrängt werden müßten. Je nachdem, wie man diese Worte auslegt, kann man aus ihnen sowohl Bejahung wie auch Verneinung des Versicherungsprinzips herauslesen und etwas mehr Klarheit ist dringend erwünscht.

Auf einige Fragen, die außerhalb bzw. am Rande der Aussprache geblieben waren, wies klar ganz zuletzt mit ausgezeichneten Bemerkungen der Düsseldorfser Pfarrrer Mann hin. Er stellte die Frage: Wie steht es um die Sozialpolitik, wenn wir zu dem Ergebnis kommen müßten, daß die Zeit des Industriekapitalismus, der „technischen Zivilisation“ sich dem Ende zuneigt? Wir können nicht den Staat autoritativ regieren und gleichzeitig liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik treiben. Es ist kaum möglich, auf der einen Seite einen humanen Liberalismus sozialpolitisch zu fördern und gleichzeitig in der Wirtschaftspolitik den Liberalismus zu verneinen. Diese am Schluß gestellten, unbeantwortet gebliebenen Fragen sollten die Gesellschaft für soziale Reform in der nächsten Zeit angelegentlich beschäftigen. Sie behalten große Aktualität auch dann, wenn der Tagesstreit, der an die Schlagworte „Autarkie“, „Ende des Kapitalismus“ usw. anknüpft, an Lautstärke verloren haben wird.

Reichs- und Staatsarbeiter

Der TAR. verlängert

In Nr. 4 der Gewerkschaftlichen Rundschau hatten wir über den Verlauf der Verhandlungen vom 28. Dezember und 26. Januar, die sich auf den Tarifvertrag für Reichsarbeiter (TAR.) erstrecken, berichtet. Am 8. Februar wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Wie wir bereits mitteilen, war über die von der Reichsregierung eingebrachten Abänderungsvorschläge in vier Punkten eine Einigung erzielt worden. Es galt nunmehr, die Anträge zu den §§ 2, 21, 25 und 36 zu bereinigen.

Die Vertreter der Reichsregierung haben sich bereit erklärt, auf eine Abänderung des § 2 verzichten zu wollen, falls die Arbeitnehmervertreter in eine Abänderung des § 10 einwilligen würden. Man führte wiederholt an, daß der Absatz 2 des benannten Paragraphen mit anderen Bestimmungen aus dem Tarifvertrag für die Arbeiter im Bereich der Reichspost übereinstimmen würde. Dort hätten wohl die Bestimmungen des Absatz 2 den Sinn, Arbeiter, die periodisch ausfallswise beschäftigt werden, entsprechend zu vergüten. Bei den Verwaltungsarbeitern des Reiches handele es sich um Kurzarbeiter, die dauernd beschäftigt seien. Hier seien die Bestimmungen nicht verständlich. Die Vertreter der Gewerkschaften äußerten Bedenken gegen einen Fortfall der Zulagen aus § 10 und machten den Vorschlag, daß nicht vollbeschäftigte Arbeiter, die weniger als 36 Stunden wöchentlich arbeiten, fortan 10 Prozent Zuschlag erhalten sollen. Seitens der Regierungsvertreter wurde erklärt, daß eine Beibehaltung der Bestimmungen des § 10 Abs. 2 keinesfalls in Frage käme. Man sei aber bereit, für die zurzeit beschäftigten Arbeiter bis zum 1. Oktober 1933 8 Prozent Zuschlag zu gewähren. Da eine Kündigung des Vertrages zweifellos größere Gefahren im Gefolge gehabt hätte, stimmten die Vertreter der Gewerkschaften der Streichung der Ziffer 2 des § 10 unter den vorgeschlagenen Voraussetzungen zu.

Man ging nun zu der Bestimmung des § 25 über. Hier wurde nach kurzer Beratung ein Einverständnis erzielt dahingehend, daß der Regierungsvorschlag angenommen wurde mit der Maßgabe, daß an Stelle „14 Uhr“ „13 Uhr“ gesetzt wurde.

Einen breiten Raum nahmen die Debatten über die §§ 21 und 31 ein. Schon vorher bildeten diese in einer Sonderberatung der Gewerkschaften den Gegenstand lebhafter Erörterung. Hinsichtlich des § 21 erzielte man Übereinstimmung, daß dem Wunsch der Reichsregierung betr. die Befreiung der Versorgungsanwärter von der Versicherungspflicht zur Zusatzversicherung zugestimmt werden kann. — Der von den Regierungsvertretern am 26. Januar unterbreitete Vorschlag zu § 31 dagegen, befriedigte durchaus nicht. Immerhin brachte er gegenüber dem ersten Vorschlag einen Fortschritt, indem er bei Einkommens die Versorgungsanwärter den früheren Reichsarbeitern nur im Bereich des Reichswehrministeriums gleichstellte. Im ersten Vorschlag sollten diese in allen Reichsbetrieben den früheren Reichsarbeitern gleichgestellt werden. Als sich in gemeinsamer Beratung zeigte, daß die Reichsregierung weitere Zugeständnisse nicht machte, wurde auch diesem Vorschlag zugestimmt.

Die in den Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen wurden in dem nachstehenden Abkommen niedergelegt:

Abkommen vom 8. Februar 1933 über die fünfte Änderung des Tarifvertrages für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen (TAR.) vom 24. Juni 1930.

Artikel 1.

Die Bestimmungen des Tarifvertrages für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen (TAR.) werden mit Wirkung vom 1. April 1933 wie folgt geändert:

1. Die Ausführungsbestimmung 1 zu § 5 wird gestrichen.
2. § 10. Abs. 2 entfällt, Abs. 3 wird Abs. 2. Außerdem gilt bis 1. Oktober 1933 folgende neue Bestimmung:
„Nicht vollbeschäftigte Arbeiter, die vor dem 1. April 1933 im Arbeiterverhältnis beim Reich beschäftigt waren, erhalten in der Zeit vom 2. April 1933 (Beginn der Lohnwoche) bis zum 1. Oktober 1933 (Ende der Lohnwoche) zum Grundlohn einen Zuschlag von 8 v. H., wenn ihre Beschäftigungszeit in der Lohnwoche unter 36 Stunden geblieben ist.“
3. § 21. Folgender Abs. 2 ist neu aufzunehmen:
„Versorgungsanwärter, die gemäß § 1234 AVO von der Versicherungspflicht befreit sind, sind nicht verpflichtet, Mitglieder bei der Zusatzversicherungsanstalt des Reichs und der Länder zu werden.“
4. § 24 erhält folgenden zweiten Absatz:
„Die Zustimmung zur Nebenbeschäftigung gegen Entgelt kann jederzeit widerrufen werden.“
5. § 25 Abs. 9 erhält folgenden Zusatz:
„An den Vorabenden des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes findet eine Dienstbefreiung — unbeschadet des § 8 Abs. 1 — nicht statt, soweit hierdurch die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters unter 4 Stunden sinken würde oder eine vor 13 Uhr liegende Arbeitszeit ausfallen würde.“
6. § 27. Dem Abs. 1 ist als zweiter Satz anzufügen:
„Der Krankengeldzuschuß darf jedoch nicht über 99 v. H. des jahungsmäßigen Krankengeldes hinausgehen.“
7. § 31. Dem Abs. 2 wird als neuer Halbsatz angefügt:
„Dies gilt entsprechend im Bereich der Reichswehr hinsichtlich der durch ihre Fürsorgestellen vermittelten arbeitslosen Versorgungsanwärter.“

Artikel 2.

Die am 28. Dezember 1932 getroffene Vereinbarung, wonach der Tarifvertrag (TAR.) erstmalig bis zum 28. Februar 1933 gekündigt werden kann, tritt außer Kraft.

Berlin, den 10. Februar 1933.

(Unterschriften)

Die in dem Abkommen enthaltenen Abänderungsbestimmungen bringen zwar gegenüber dem bisherigen einzelnen Verschlechterungen, doch steht fest, daß mit der Verlängerung des TAR. unübersehbare Gefahren abgewendet worden sind. Wir empfehlen unseren Kollegen in Reichsbetrieben den TAR. mit anderen Tarifverträgen zu vergleichen. Sie werden bald finden, daß die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen Anlaß haben, sich über die Verlängerung des TAR. zu freuen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Kann man sich für täglich 55 Pfg. ausreichend ernähren?

Diese Frage wird in der „Zeitschrift für Ernährung“ (Heft 1, 1933) aufgeworfen. Sie ist brennend geworden. Denn in der Tat verbleiben beispielsweise den meisten Wohlhabendsempfängern nach Abzug der Miete usw. nur 55 Pf. für die tägliche Ernährung. Abgesehen von der ungeheuren seelischen Belastung, die eine derartige wirtschaftliche Einengung bedeutet, ist die Gefahr der Unterernährung unmittelbar gegeben. Im Krankenhaus am Urban hat Priv.-Doz. Dr. D. W. Bansi mit Unterstützung des Reichswehrministeriums und des Stadtarztes Dr. Besock zum ersten Male den Versuch gemacht, mit genauen Methoden die Kost, die mit diesen Mitteln beschafft werden kann, auf ihre Zulänglichkeit bzw. Unzulänglichkeit zu prüfen. Wie die bisherigen Untersuchungen einwandfrei ergeben, reicht die Kost nicht aus. Das Gewicht sinkt bei der Mehrzahl der Untersuchten ab, die eigenen Körperreserven (Fett) werden in recht erheblichem Maße in Anspruch genommen. Die Harnstickstoffwerte der ambulant Untersuchten belaufen sich beziehungsweise auf 5-7 gegen 10-15 Gramm der Norm, ein Beweis für die verhältnismäßig geringe Eiweißmenge, die zugeführt werden konnte. Lassen sich auch endgültige Schlüsse aus den noch in Gang befindlichen Untersuchungen noch nicht ziehen, so sind sie doch sehr beachtlich und zeigen, daß man die Unterernährungsfrage unmöglich auf dieser niedrigen Stufe belassen kann.

Die Not der Landwirtschaft.

Auf jeder landwirtschaftlichen Tagung wird heute jede Rentabilitätsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe verneint. Der Bauer erhalte für seine Veredelungsprodukte: Fleisch, Milch, Butter, Käse, Eier usw. nur etwa zwei Drittel des Friedenspreises, bei wesentlich stärkerer Belastung durch Steuern, Abgaben und bei bedeutend höheren Produktionskosten. Die Tatsachen sind nicht abzureiten. Und dennoch ist es richtig, was unlängst der Oberpräsident der Provinz Westfalen auf einer Tagung der Landwirtschaftskammer den Bauern antwortete:

„Was ist Ihre Not, aber größer ist die Not von Millionen deutscher Staatsbürger, die außerstande sind, die erforderlichen Nahrungsmittel täglich auf den Tisch ihrer Familie zu stellen. Bei all Ihrer Not, meine Herren, sind Sie hierzu wenigstens noch immer in der Lage gewesen. Der deutsche Bauer hat noch nicht gehungert, aber Millionen anderer Menschen darben. Das Problem Volkswirtschaft und Weltwirtschaft kann ich hier nicht erörtern. Dieses Problem, das Problem der Volks- und Weltwirtschaft hat kein Kanzler, — nicht einmal Bismarck, — kein Minister und keine Regierung lösen können zur restlosen Zufriedenheit Ihres oder eines anderen Standes. Auch hier sind wir darauf angewiesen, uns zu verständigen und uns entgegenzukommen. Nicht nach oben, sondern nach unten sehen! Was wir in der Nachkriegszeit durch Arbeit und Not, durch Hunger und Geduld errettet haben, das wollen wir auch über diese Zeit der Leiden und Kreuze zusammenhalten!“

Dem muß noch hinzugefügt werden: Die Not der Bauern ist zum Teil selbstverschuldet. Die eigentlichen Führer der Landwirtschaft, die Junker, haben nichts unternommen, die Kaufkraft der höchsten Volksschicht der Arbeitnehmer, durch Lohn- und Gehaltsabbau, durch Kürzung der letzten Renten und Unterstützung zu untergraben. Jetzt, wo sich die Folgen zeigen, schwache Nachfrage und Preisentung der Veredelungsprodukte, weniger im Handel für den Konsumenten wie beim Produzenten, soll der Staat durch Einfuhrsperre helfen, auch auf die Gefahr hin, unsere Exportindustrie schmäzulegen, und die Arbeitslosigkeit noch weiter zu steigern. Jede Schuld rächt sich auf Erden, und es ist eben der Fluch der bösen Tat, daß sie fortlaufend Böses muß gebären.

Die Gelben wittern Morgenluft.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß man sich im gegenwärtigen Reichsarbeitsministerium mit der Durchbrechung des sogenannten „Gewerkschaftsmonopols“ sehr wohlwollend beschäftigt. Als wirtschaftliche Organisationen der Arbeitnehmer sollen nicht nur die Gewerkschaften anerkannt werden. Mit dem Ziele, auch andere Vereinigungen zum Tarifabschlusse zuzulassen, ihnen die Befugnis einzuräumen, ihre Vertreter zur Projektführung vor den Arbeitsgerichten zu ermächtigen, ihnen ebenfalls ein Vorschlagsrecht für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, für die Ernennung von Arbeitsrichtern, von Vertretern in der Knappschaftsversicherung usw. zu geben.

Die Gelben haben sich daher sofort durch folgendes Telegramm an Hitler in empfehlende Erinnerung gebracht:

„Der aus dem Ruhrtampfbewegung hervorgegangene Verband „Der Deutsche Arbeiter“ (Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands, Sitz Essen) begrüßt mit großer Befriedigung die Bildung einer nationalen Regierung unter Ihrer Führung. Nach jahrelangen fruchtlosen Versuchen untauglicher Regierungen erwartet er nunmehr die rücksichtslose Tat, die allein den wirtschaftlichen Aufstieg und die innere und äußere Befreiung des Volkes gewährleistet. Alle Versuche, das begonnene Befreiungswerk zu sabotieren, sei es durch Aufrufe zum Generalstreik oder Aufforderung zu politischen Gegen-demonstrationen, sind mit allen Mitteln der Gewalt im Keime zu ersticken. Die Zeit der Dolchstöße, Landesverräter, Vajfillen, Separatisten und Volksverräter muß endgültig vorbei sein, wenn Deutschland gesunden soll. Der volksverderbliche Marxismus ist über-raschend geschlagen und darf nie wieder sein Haupt erheben.“

Wir wissen nicht, ob Hitler dieses Angebot zum Arbeiter-verrat beantwortet hat, sondern geben nur ein Urteil wieder, welches unlängst die Nationalsozialisten in ihrer offiziellen Zeitschrift das „Arbeitertum“ über die Gelben gefällt haben. Es heißt dort:

„Die echte und gesunde Verachtung, die die Gelben in den Betrieben genießen, zeugt bereits von ihrer erbärmlichen politischen Rolle, die sie spielen. Oft von den Unternehmern geldlich ausgehalten, betätigen sie sich als Saboteure der einheitlichen Kampffront der Arbeitnehmerschaft bei der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Die alte Erfahrung. Je mehr man einen Hund tritt, um so mehr winkelt er.

Im übrigen gönnen wir der nationalen Konzentration eines Hugenberg-Bapen diese vom Unternehmertum „geldlich ausgehaltene“ Sumpfpflanze. Die Dredsprieger dieser „nationalen Gemeinschaft“ reichen an die ehrlich national gesinnete Arbeiterschaft nicht heran.

Zollerhöhungen für Fleisch und Schmalz.

Auf Vorschlag des Reichsernährungsministers wurden folgende Zollerhöhungen beschlossen: Lebendes Rindvieh von 27 auf 50 RM. für den Doppelzentner; für Schafe von 22,50 auf 45 RM., für lebende Schweine von 40 auf 50 RM., für frisches Fleisch von 55 auf 100 RM. Der Schmalz Zoll wird auf 50 RM. erhöht, bisher 10 bzw. 12,50 RM. Die Auswirkung dieser Zollerhöhung ist Erhöhung um 0,20 RM. auf ein Pfund Schmalz. Der Großhandelspreis für den Doppelzentner Schmalz ist von 88 auf 100 RM. gestiegen. Wir werden also eine Erhöhung im Haushalt erleben, die angesichts der jetzt schon bestehenden außerordentlichen Notlage einfach unverständlich ist. So geht die Geschichte doch wirklich nicht. Und das soll erst der Anfang sein?

Reichsgericht gegen Zeltungsverbot.

Durch den Volkszeitschriften von Berlin war unlängst der „Vorwärts“ wegen angeblichen „Hochverrats“ verboten worden. Einer Anzahl weiterer sozialdemokratischer Tageszeitungen, die den gleichen Aufruf gebracht hatten, erging es genau so. Nunmehr hat auf Beschwerde hin das Reichsgericht, die höchste richterliche Instanz, entschieden, daß das Verbot zu unrecht erfolgt ist. Die Folge wird eine Reihe Zivilklagen gegen den preussischen Staat auf Schadenersatz sein.

Nun, das neue System kann sich dieses leisten. Wir haben's ja. Es ist im Staate ja auch Geld genug vorhanden für die hohen Wartegelder und Pensionen für die abgelehnten Beamten, deren Entlassung nur erfolgte, um den neuen Herren Platz zu machen. Das neue System läßt sich gut an. Abwarten, ob es bei Behandlung von sozialen Angelegenheiten, bei Arbeiterforderungen, auch so großzügig verfahren wird, oder ob dann nicht die Finanznot des Staates wieder als Barrikade aufgerichtet wird.

Erscheinungsverbot und Beschlagnahme von Gewerkschafts-zeitungen.

Die „Solidarität“ das Organ des Verbandes der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie (Christliche Gewerkschaft) ist wegen einer Abbildung beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme ist aber erst erfolgt, nachdem bereits die betreffende Nummer zum Versand gebracht war.

Bis zum 26. März ist die „Gewerkschaft“ nebst ihren Kopfschaltern, das Organ des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs (Freie Gewerkschaft) verboten. Als Grund wird die Aufnahme eines Eingekandts in Nr. 6 vom 11. Februar angegeben. In diesem Eingekandts wird seitens eines anscheinend kommunistisch gesinnten Mitgliedes aufgefordert, in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen unter Einbeziehung aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Aktionsausschlüsse zu

bilden und die Arbeiterschaft zum politischen Massenstreik zu mobilisieren. Eigentlich bedauerlich, daß eine kommunistische Phrase — und nichts anderes ist schon die seit Jahren erhobene Aufforderung zur Bildung von Aktionsausschüssen — zum Vorwand genommen werden kann, eine so scharfe Waffe gegen die soziale Reaktion, wie es die Gewerkschaftspressen ist, für eine Zeitlang unbrauchbar zu machen.

Etwas zum Nachdenken.

„Die Larnung der Reaktion ist gefallen. Klar stehen sich die Fronten gegenüber: Dort ein national-verbrämter unmenschlicher Kapitalismus, bereit, auch noch das Letzte aus den Kernen der Armen herauszupressen, um eine kleinen Clique von Großindustriellen, Herrenklubangehörigen und Juden die fetten Früchte auch weiterhin zu sichern; hier die revolutionäre Bewegung des deutschen Sozialismus mit der Aufgabe, das deutsche Volk zu Freiheit und Brot zu führen.

Wie von allen, die die Verhältnisse richtig sahen, nicht anders erwartet werden konnte, hat auch die Führung des Stahlhelms, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, die Partei der Papen-Reaktion ergriffen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager der Volksfeinde hinübergewechselt.“

So zu lesen im „Westdeutscher Beobachter“ vom 8./9. Oktober 1932.

Dieser Reaktion, einem „nationalverbrämten unmenschlichen Kapitalismus“ ist nunmehr das Wirtschafts- und Arbeitsministerium ausgeliefert.

Es geht wunderbar zu in Deutschland.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Nachen. Am 5. Februar hielt die Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Böbel, gab den Geschäftsbericht. Aus diesem konnte man ersehen, daß die hiesige Ortsgruppe über die Krisenjahre sehr gut hinweggekommen ist, und daß wir heute, nach einem längeren Stillstand der Bewegung, wieder in einer Aufwärtsbewegung begriffen sind. Wenn auch lobpolitisch besondere Erfolge nicht erzielt werden konnten, so war doch eine sehr große Arbeit in der Abwehr von Verschlechterungen und Entlassungen zu leisten. Besonders wurde noch auf das im vergangenen Jahre stattgefundene 25jährige Bestehen der Ortsgruppe hingewiesen und nochmals den Gründern unserer Ortsgruppe für ihre bis heute geleistete Arbeit gedankt. Es wurde jedem Kollegen klar, daß auch im Jahre 1932 ohne Lohn erhöhungen gute gewerkschaftliche Arbeit geleistet worden ist. Durch die fast restlose Wiederwahl des alten Vorstandes zeigte sich, daß die Mitglieder Vertrauen zu den Kollegen des Vorstandes haben.

Anschließend gab Bezirksleiter, Kollege Becker, einen Rück- und Ausblick unserer Bewegung. Er schilderte die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften im Staate. Er hat die Kollegen, in der heutigen Zeit besonders wachsam zu sein und wies darauf hin, daß die Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich des Tarifs und Arbeitsrechtes nur durchgeführt werden können, wenn eine starke gewerkschaftliche Organisation hinter ihnen steht. Kollege Böbel dankte dem Kollegen Becker für seinen Bericht und schloß mit der Aufforderung an alle Kollegen, an der in den nächsten Wochen stattfindenden Werbung tatkräftig mitzuarbeiten.

Amberg. Am das 25jährige Dienstjubiläum der Kollegen Joh. Hirmer und Jos. Dämker zu feiern, hatte die hiesige Ortsgruppe am 11. Febr. eine Familienfeier veranstaltet, die sowohl von den hiesigen Kollegen und ihrer Angehörigen, wie auch seitens der Sulzbacher Kollegen gut besucht war. Die Jubilare wurden durch Wort und Lied geehrt und ihnen sowohl seitens der Ortsgruppe, wie auch der Arbeiter und Angestellten des Gaswerks ein Angebinde überreicht. Kollege Borchert verband in seiner Festrede die Glückwünsche für die Jubilare mit einem Hinweis auf die gegenwärtige ernste Lage, die von einem jeden nicht nur im Berufe, sondern auch im öffentlichen Leben äußerste Pflichterfüllung verlangt. Der Wille hierzu kam sowohl in den Dankesworten der Jubilare, wie in einer Ansprache des Vorsitzenden Kollegen Rauch zum Ausdruck.

Mugstburg. Die Ortsgruppe hielt am 24. Januar ihre Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Oberwein ist zu entnehmen, daß trotz hege parteipolitischer Richtungen sich der Gewerkschaftsgeist wieder durchgesetzt hat. Der Reichs- sowie der Bezirksmantelvertrag der Gemeindegewerkschaft wurde neu abgeschlossen. Bei den Reichs- und Staatsarbeitern konnten einzelne Bestimmungen des Tarifvertrages zugunsten der Mitglieder klarer gefaßt werden, desgleichen im örtlichen Abkommen für die Gemeindegewerkschaft. Von 92 Rechtschutzfällen, ohne die kleinerer Natur, endeten mit vollem Erfolg 49, mit teilweise Erfolg 10. Der Barzerefolg betrug 3916,69 RM. 4762 Postausgänge sind zu verzeichnen. Vielesach wird die Arbeit der Gewerkschaften nicht so gewürdigt, wie es sein müßte. Das Bezirksratell veranstaltete Unterrichtsstunde, um die Mitglieder zu schulen und sie für ihre spätere Aufgabe als Betriebsrat und Vertrauensmann vorzubereiten. Um all diese Aufgaben erfüllen zu können, ist es notwendig, daß auch die finanzielle Unterlage vorhanden ist. An Unterstützung wurde im Jahre 1932 allein 278,60 RM. ausgegeben. Gerade das letzte Quartal 1932 zeigte, daß die Arbeiterschaft treuer denn je ihrer Gewerkschaft hält und durch Neuaufnahmen, Wiedereintritt, die Gewerkschaften stärken will. Zum Schluß wies Kollege Oberwein darauf hin, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Mitgliederwerbung durchführen will und ersuchte die Kolleginnen und

Kollegen, ebenfalls das Ihrige dazu beizutragen. Unter Würdigung der Tätigkeit des vergangenen Jahres wurde die Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt. 1. Vorsitzender Helmschrott Anton, Kassierer Kollege Oberwein, als Schriftführer Kollege Ottenberger. Der neugewählte Vorsitzende Helmschrott dankte den ausscheidenden Vorstandmitgliedern für ihre Tätigkeit und bedauerte, daß Kollege Sauter Donat durch anderweitige Inanspruchnahme nicht mehr in der Lage ist, der Ortsgruppe vorzuliegen. An die Mitglieder richtete er die Aufforderung, ihrerseits mitzuhelfen, den Verband zu stärken zum Wohle der Mitglieder und ihrer Familien.

Berlin-Charlottenburg. Am 10. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Bezirksleiter Kollege Knoll hielt einen Vortrag über „Ist die Sozialpolitik gefährdet?“ Der Redner ging davon aus, daß das Reichsarbeitsministerium aufgeteilt werden solle. Jetzt schon seien Bestrebungen im Gange, das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen dem Aufgabenkreis des Reichsarbeitsministeriums zu entziehen. Dieses Gebiet soll nunmehr dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt werden. Der Leiter dieses Ministeriums sei aber bekannt als ein Feind der Sozialpolitik. Die genannten Gesetzgebungen seien insofern bedroht, als die Bestimmungen über „die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprücher“ von reaktionärer Seite leidenschaftlich bekämpft würden. Nachdem der Redner dargelegt hatte, welche Bedeutung die angegriffenen Bestimmungen für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, schloß er seine Ausführungen mit der Aufforderung, treu zu den Gewerkschaften zu stehen. Nur starke Gewerkschaften seien in der Lage, dem Abbau der sozialen Gesetzgebung zu begegnen.

Nach dem Vortrag folgte der Geschäftsbericht. Aus diesem sei folgendes hervorgehoben. Das Jahr 1932 ist in wirtschaftlicher Hinsicht nicht besser gewesen als das vorangegangene. Doch haben sich in mancher Hinsicht leichte Verbesserungen gezeigt. Betriebsbeschränkungen wurden in den öffentlichen Betrieben nicht vorgenommen. Immerhin seien durch den wilden Streik bei der BSG. mehr als 1500 Personen auf der Strafe geblieben. — In einzelnen Betrieben seien Arbeitsverkürzungen notwendig gewesen; so im Reichsbelleidungsamt, wo die Arbeitszeit für die Schneider auf 40 Stunden und für die Schuhmacher auf 32 Stunden festgesetzt werden mußte. Die BSG. hatte für das Fahrpersonal die Arbeitszeit von 44 auf 42 Stunden herabgesetzt. — In dem Monat Oktober wurde auf Betreiben des RfM. eine Lohnsenkung der städtischen Arbeiter sowie der Gaswerksarbeiter um 2 Ppf. vorgenommen. Auch bei der BSG. wurden die Löhne um 2 Ppf. gesenkt. Infolge der Lohnsenkungsmaßnahmen kam es zu dem wilden Streik. Bei den privaten Kranken- und Pflegeanstalten seien für das neu einzustellende Personal die Löhne um 7 Prozent gesenkt worden. Für die Berliner städtischen Arbeiter und für die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke wurden die Manteltarifverträge erneuert. Für die Kollegen der evangelischen Friedhöfe ist ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen worden. Beabsichtigte Verschlechterungen konnten mit wenigen Ausnahmen bei den Abfällern abgewendet werden. Im Berichtsjahr sind in den Ortsgruppen der Ortsverwaltungsstelle Berlin 103 Versammlungen und 97 Vorträge gehalten worden. Auf dem Gebiete der Rechtsberatung und des Rechtshilfses sind folgende Leistungen zu verzeichnen. Es wurden 207 Auskünfte erteilt, 153 Schriftsätze angefertigt und 94 Verhandlungstermine wahrgenommen. An Unterstellungen sind gezahlt worden: Für Krankheitsfälle 1470,55 RM in Fällen der Arbeitslosigkeit 653,25 RM und an Koststandsunterstützungen 2155,28 RM. Der Bericht schloß mit einer Aufforderung an die Mitglieder, an der Stärkung des Verbandes, so wie bisher gesehen, auch weiterhin zu arbeiten. In den Vorstand sind gewählt worden: Fritz Günther als 1. Vorsitzender, Franz Dreuse als 2. Vorsitzender, Franz Rüd. als Schriftführer

Berlin-Spandau. Am 26. Januar berichtete Bezirksleiter Kollege Knoll über die Verhandlungen, die im RfM. zwecks Verlängerung des T.A.M. stattfanden. Die Reichsregierung macht die Verlängerung von einer Reihe von Verschlechterungen abhängig. Die nicht vollbeschäftigten Arbeiter sollen aus dem Tarifvertrage herausgenommen werden. Bei Arbeitszeitverkürzungen soll das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen beseitigt werden und bei Einstellungen die Versorgungsansprüche der früheren Reichsarbeitern vorgezogen werden. In der Aussprache betonte der Vorsitzende, Kollege Kreier, daß die Kollegen im hohen Maße die Forderungen der Reichsregierung verschuldet hätten. Das geringe Interesse, das viele der Gewerkschaftsarbeit gegenüber zeigten, sei den Verwaltungen nicht unbekannt.

Weiter berichtete Kollege Knoll über den Abschluß des Tarifvertrages für die Berliner städtischen Arbeiter. Ueber drei Streitpunkte konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Das Hauspersonal der Krankenanstalten sollte vom Tarifvertrage ausgenommen werden. Die auf die sogenannten freien Tage fallenden Wochenfeiertage sollten nicht mehr vergütet werden. Beide Streitfälle sind durch die tariflichen Schiedsstellen zugunsten der Arbeiter entschieden worden. Der dritte Streitfall, der sich auf eine Sondervergütung einer kleinen Gruppe erstreckte, konnte nicht gehalten werden, da zwingende Bestimmungen des RMZ. der Verteilung im Wege standen.

Böham. Am 4. Februar hielt die Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Kupier ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe im verfloffenen Jahre gute und echte Gewerkschaftsarbeit geleistet hat. Auf dem Rechtschutzgebiete konnten in fast allen Fällen Erfolge für unsere Kollegen herausgeholt werden. Ferner gelang es, durch Verhandlungen mit den Betriebsverwaltungen, eine Reihe Kündigungen wieder rückgängig zu machen, und dadurch einen Teil unserer Kollegen den Arbeitsplatz weiter zu erhalten. Einige Kollegen, welche schon fast ein Jahr arbeitslos waren, wurden durch unsere Bemühungen wieder eingestellt. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert, alle Abgänge wurden durch Neuaufnahmen wieder ausgeglichen. Den anschließendenassenbericht gab der Kollege Lüd-

heide. Von den Einnahmen sind circa 8000 RM für ausgezahlte Unterhaltungen am Orte verblieben. Die Versammlung stellt auch hier fest, daß der Verband im Falle einer Erwerbslosigkeit weitgehendste Unterstützung gewährt. Die stattgefundenen Kassenprüfungen haben eine einwandfreie Kassenführung ergeben. Kollege Schröder wurde zum Vorsitzenden gewählt. Zweck Durchführung einer planmäßigen Hausagitation bildete jede Jahrsgruppe einen Agitationsausschuß. Den nachfolgenden Vortrag „Wie rufen wir und für das Jahr 1933“ hielt der Kollege Lüdheide. Der Redner stellte in kurzen aber scharfen Sätzen die Aufgaben der Ortsgruppe für das kommende Jahr heraus. Insbesondere wies er auf die politischen Geschehnisse der letzten Zeit hin und bat, den kommenden sozialen Wahlen, insbesondere den Betriebsratswahlen allergrößte Beachtung zu schenken. Die nachfolgende Aussprache war eine sehr rege, alle Kollegen gelobten, größte Aktivität zu entfalten, um so die Zusammenarbeit zu fördern und den Verband vorwärtszubringen.

Brand. Am 4. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Leider war sie durch viele Erkrankungen nicht so besucht, wie in den letzten Jahren. Besonders vermehrt wurde der 1. Vorsitzende und Kassierer, die beide erkrankt waren. Kollege Högel-Nachen gab den Geschäfts- und Kassenbericht und dankte den Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit. Die Rennwahl des Vorstandes wurde zurückgestellt, da die große Zahl der Erkrankungen keine ordnungsgemäße Wahl zuließ. Anschließend gab Bezirksleiter Kollege Beder, einen Bericht über die Verhandlungen in Berlin betr. R.M.T. für private Streckenbahnen. Die Forderungen der Arbeitgeber waren einfach undiskutabel gemeint; denn sie verlangten unter anderem Kürzung des Urlaubs und Wegfall des Krankenlohnes. Eine Einigung konnte auf dieser Grundlage nicht erfolgen und so mußten die Verhandlungen scheitern. Er bat die anwesenden Kollegen für die Stärkung der Dramatization Sorge zu tragen, damit der Neuabschluss des Vertrages möglichst günstig gestaltet werden kann.

Drusial. Die Ortsgruppe hielt ihre Generalversammlung am 3. Februar ab. Zu der die Mitglieder in großer Zahl erschienen waren, wie auch sonst zu den jeweiligen Mitgliederversammlungen. Die Ortsgruppe weist einen vorbildlich arbeitenden Vorstand auf, aus welchem Grunde die einstimmige Wiederwahl desselben erfolgte. Bezirksleiter Käßbender erläuterte den neu abgeschlossenen Ergänzungsarbeitsvertrag und nahm Stellung zur politischen Lage. Er forderte auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, erforderlichenfalls werden die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen zur Abwehr reaktionärer Anschläge bereit sein. Bei der kommenden Wahl muß jeder seine Pflicht tun, und gilt unser Kampf den Feinden der Arbeiterschaft. Die Ortsgruppe wird auch im Laufe des neuen Jahres treu zum Zentralverband und seinen Führern stehen.

Dortmund. Am 4. Februar 1933 hielt die Gruppe Gemeindearbeiter ihre diesjährige Generalversammlung ab. Im einleitenden Vortrag des Kollegen Peters, „Rückblick auf das Jahr 1932“ liess er noch einmal die Geschehnisse des verflohenen Jahres an unserem geistigen Auge vorüberziehen. Das Jahr 1932, so betonte er, stelle an die Gewerkschaft, insbesondere nach dem Regierungswechsel, gewaltige Aufgaben; wozu es harter Organisationen bedarf, um sie zu meistern. Werden für unsere Organisation und Einfluß aller Kräfte sei darum Hauptaufgabe. Im Hinblick darauf erbatete der Kollege Peters den Geschäfts- und Kassenbericht. Eine Reihe Ziffern wurden bekanntgegeben, in denen sich die viele Kleinarbeit, die geleistet wurde, allerdings nicht widerspiegelt. Die Mitgliederbewegung zeigte infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen geringen Verlust, der in diesem Jahre doppelt wettgemacht werden soll. Durch den Rechtsstreit wurden den Kollegen 4772 RM gezahlt. Im Bildungswesen, das sich der Kollege Peters besonders angelegen sein läßt, wurden 31 Kursusabende und drei Besichtigungen veranstaltet, 26 Versammlungen und neun Vorstandssitzungen zogen von der weiteren Tätigkeit. Außerdem wurden unserer Mitglieder 1608 Bücher entliehen. Besondere Einmütigkeit innerlich unserer Gruppe und Vertrauen zum Vorstand zeigte die einstimmige Wiederwahl desselben. Auflösung und Werbung für unseren Verband soll im verstärkten Maße aufgenommen werden.

Bezirk Frankfurt a. M. Die im Laufe des Monats Januar und Februar stattgefundenen Ortsgruppen-Generalversammlungen erfreuten sich in der überwiegenden Mehrheit eines guten Besuches. Die Stimmung war trotz der allgemeinen Unsicherheit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht vorzüglich. Wenn uns auch das Jahr 1932 weitere finanzielle Nachteile gebracht hat, so haben die Mitglieder anerkannt, daß die Organisation treulos ihre Pflicht erfüllt hat, ganz besonders hinsichtlich der Verhandlungen wegen der Angleichung an die Reichsarbeit. Ohne daß tatsächliche Eingriffe der Organisation wäre hier jedenfalls noch weitere erhebliche Lohnmindrungen zu verzeichnen gewesen. Daran ändern sich auch die Besuche der R.S.D.- und R.S.D.-Abhänger nichts, deren Ziele lediglich dahingehen, die Tätigkeit der Gewerkschaften herabzusetzen, die selbst aber nicht in der Lage sind, irgendeinen praktischen Schaden zu zeigen, wie unter den gegenwärtigen Umständen es hätte besser gemacht werden können.

Die Ortsgruppenvorstände haben im Laufe der Jahre sich Mühe gegeben, die geschäftlichen Angelegenheiten ordnungsgemäß zu erledigen. Es sind nur Einzelfälle, wo es noch manchmal etwas zu wünschen übrig bleibt und nachgehoben werden muß.

Durch die aufstrebenden Vorträge in Versammlungen im Laufe des Jahres in die Mitgliedschaft über alles unterrichtet worden, was auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sich abgespielt hat. Dieses zeigte sich besonders in den Ansprachen, die in den Generalversammlungen gehalten werden, aus denen zu erkennen war, daß die Zusammenhänge unserer Verhältnisse mit den wirtschaftlichen Ereignissen in der richtigen Weise erkannt wurden.

Bestraut wurde die Tätigkeit unserer Betriebsratsmitglieder, die in vielen Fällen im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaftsleitungen immer wieder Arbeit geleistet haben. Im großen ganzen hat sich die Zulauf-

menarbeit mit den freien Gewerkschaftlern reibungslos abgepielt als in früheren Jahren. Was die Mitgliederbewegung angeht, so ist ein Verlust von 7 Prozent eingetreten, der sich teilweise aus Entlassungen ergibt, aber auch aus der Auflösung von zwei Ortsgruppen, die erfolgte, weil die Leiter der beiden Ortsgruppen sich allzu hart in die politisch nationalistiche Arbeit führten, und dadurch Anstoß bei der Mitgliedschaft erregten, wodurch allmählich ein Verfall der Ortsgruppen eintrat. Die eine konnte teilweise noch gerettet werden, während die andere vollkommen eingegangen ist. Gewonnen haben die betreffenden Kollegen bis heute noch nichts. Vielleicht kommen Sie auch wieder zur Reberzeugung, daß wirtschaftliche Interessenvertretung nur durch wirtschaftliche Organisation möglich ist und nicht durch politische Parteien.

Nachdem durch unerhörte Eingriffe der Regierung Papen auf sozial-politischem Gebiet der Beweis erbracht ist, daß die reaktionären Kräfte mit den seither durchgeführten Versicherungen für die Arbeiter noch nicht zufrieden sind, ist bei vielen Arbeitern, die früher glaubten, die Organisation nicht nötig zu haben, eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Die Gegenlage in den Betrieben treten nicht mehr so scharf hervor wie im Laufe des vergangenen Jahre. Diese Tatsache muß im neuen Jahr jeden einzelnen Kollegen anspornen, an die Unorganisierten und sonstigen Sonderbündler heranzugehen, um sie für unsere Organisation zu gewinnen. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen muß es jedem einzelnen klar geworden sein, auf welchem Wege und durch welche Mittel wir weitere Versicherungen von uns abwehren können. Die neue Regierung bietet uns jedenfalls keine Gewähr für Verbesserung unserer sozialen Verhältnisse. Darum muß alles abgelehnt werden, was uns auseinanderbringt, und alle Kräfte müssen auf die Sammlung der Arbeiterschaft verwendet werden, ganz besonders zur Stärkung unserer Organisation.

Freiburg. Die Arbeiterschaft bekennt hellhörig zu werden. Das konnten wir auch bei unserer Generalversammlung feststellen, die am 12. Februar stattfand. Nach selten sind die Mitglieder in so großem Ausmaße der Einladung zur Versammlung gefolgt. Der Geschäfts- und Kassenbericht war schnell erledigt und fand allgemeine Billigung. Insbesondere fand dankbare Anerkennung die Tätigkeit der Vertrauensleute, insbesondere die des Vorsitzenden Alex. Kauterwasser und des Kassierers Albert Röll. Die Wiederwahl erfolgte einmütig. Bezirksleiter Grabender aus Karlsruhe beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage. Er führte aus, daß uns in sozialer Hinsicht Gefahren drohen. Das Reichsarbeitsministerium solle seiner wichtigsten Aufgabe entleert werden und diese dem Reichswirtschaftsministerium übertragen werden. Bedenke man, daß Hugenberg das Wirtschaftsministerium leite, so dürften wohl alle darüber im Klaren sein, was wir zu erwarten haben. Die Hauptstütze der Regierung sei eine Partei, die sich Arbeiterpartei und sozialistisch nenne. Daß in einer solchen Regierung für ausgesprochene Reaktionäre und Arbeiterfeinde Platz sei, kennzeichnete die Situation. Von Interesse sei festzustellen die Stellungnahme der R.S.D.A. zu den deutschnationalen bzw. zu den vaterländischen Arbeitervereinen unter deutschnationaler Führung. Im „Führer“, dem Mainzer Organ der R.S.D.A. habe man am 31. Januar lesen können, daß sich die R.S.D.A. scharf absetzend gegenüber diesen gelben Werbetreibern ausgesprochen habe. U. a. habe diese Zeitung geschrieben, die Ablehnung der vaterländischen Arbeitervereine an die R.S.D.A. werde als bodenlos dumme Forderung zurückgewiesen. Gelbe Organisationen, so schreie der „Führer“, können wir Nationalsozialisten ab, weil diese Organisationen den Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufen. Es sei nun interessant, festzustellen, daß am gleichen Tage, wo die R.S.D.A. die vaterländischen deutschnationalen Arbeitervereine mit Schärfe ablehnte, auf einer anderen Seite der gleichen Zeitung die Bildung einer neuen Reichsregierung bekanntgegeben wurde unter Führung Hitlers im Zusammenwirken mit Hugenberg, dem Freund und Förderer dieser „vaterländischen“ gelben Vereine. Diese Tatsachen müssen zu Denken geben. Aufklärung tut not. Es werde bald ein Erwachen geben. Auch der letzte Arbeiter werde zur Einsicht kommen, daß wir von der nationalen Konzentration alles andere, nur nichts zu gewinnen haben. Engher Zusammenhalt in den gewerkschaftlichen Organisationen sei dringendes Gebot der Stunde. In dieser Stunde dürfe man die ererbte Wirtlichkeit machen, daß die drohenden Gefahren sich bemerkbar auswirken durch zahlreiche Aufnahmeversuche in die Gewerkschaften. Der einmütige Verlauf der stark besuchten Versammlung gibt uns die Gewähr dafür, daß die Arbeiterschaft auf ihrem Posten ist und die Zeichen der Zeit versteht.

Freising. Wie immer, so war auch die Generalversammlung am 12. Februar sehr gut besucht. Das gewerkschaftliche Leben unserer Ortsgruppe darf man als vorbildlich bezeichnen. Der Geschäfts- und Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden, Kollegen Wolf, war sehr umfangreich und interessant. Der Kassenbericht des Kassierers, Kollegen Kugmojer, gab ein gutes Zeugnis von dessen hauswärtlichen Eigenschaften. Bei dieser guten Zeitung war es selbstverständlich, daß die Betriebsratschaft wieder gewählt wurde. Sodann besprach Kollege Ledner (München) eingehend die Betriebsratswahlen. In einem besonderen Vortrag nahm er zur gegenwärtigen Lage Stellung. Deutschland wurde groß nicht zuletzt durch die Intelligenz seiner Arbeiterschaft. Ungehore Opfer hat diese in den letzten Jahren geduldig ertragen, weil sie gleichberechtigt mitwirkte an der Bekämpfung der Geschäfte Deutschlands. In den letzten Monaten wurde sie von dieser Mitarbeit ausgeschaltet. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen, daß das neue Kabinett nicht gerade besonders günstig der Arbeiterschaft gesinnung ist. Eine Befreiung Deutschlands kann aber nie und nimmer gegen die deutschen Arbeiter erreicht werden. Es ist höchste Zeit, daß diese sich auf sich selbst besinnen und die Einigkeit größer wird als je zuvor. Wir müssen kämpfen um unsere heiligsten Rechte, damit wir uns wieder einen entsprechenden Platz sichern.

München. Die Ortsgruppe hielt ihre Generalversammlung am 12. Januar ab. Die Kollegen waren recht zahlreich der Einladung gefolgt und ergab der Geschäfts- und Kassenbericht, daß die Gruppe sehr gut

geführt und verwaltet wird. Einstimmig wurde dem Vorstand Entlassung erteilt. Die Wiederwahl erfolgte einmütig. Besondere Anerkennung fand die Tätigkeit des Ortsgruppenvorsitzenden, Kollegen Kampsperger, sowie die gewissenhafte, vorbildliche Arbeit des Ortsgruppenassistenten, Kollegen Schneider. Aber auch des lehreren Ehefrau fand verdienten Dank und Anerkennung, da sie ihrem Mann bei der Erledigung der Kassengeschäfte sehr behilflich ist. Bezirksleiter, Kollege Hahndler, sprach der Gruppe Worte der Anerkennung aus für die im Jahre 1932 geleistete Arbeit. Er befaßte sich mit tarifpolitischen Fragen, wie insbesondere auch mit der augenblicklichen politischen Lage. Die Ueberzeugung war allgemein, daß wir in dieser Zeit großer Gefahren tren zusammenstehen müssen zur Abwehr reaktionärer Anschläge. Erfreulich war, daß berichtet werden konnte, daß in allerletzter Zeit eine Anzahl Kollegen für unseren Verband neu gewonnen werden konnten.

Vorbereitung. In der Generalversammlung am 12. Februar konnte der Vorsitzende einen guten Besuch feststellen, was sonst nicht immer zutrifft. In seinem Geschäftsbericht erwähnte er, sich doch nicht durch die politischen Verhältnisse verwirren zu lassen und sich nur auf die Organisation als Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft zu verlassen. Der Mitgliederstand ist etwas gesunken, was besonders auf die große Arbeitslosigkeit bei den Kleinbauern zurückzuführen ist. Ein Kollege ist gestorben, dessen Andenken durch Erheben von den Siben geehrt wurde. Die Versammlungstätigkeit war sehr lebhaft, indem eine Generalversammlung, elf Monatsversammlungen, eine außerordentliche Versammlung mit einem Referat des Zentralvorsitzenden, Kollegen Ledebach und ein Familienabend abgehalten wurden. Die infolge der Rotverordnungen unhaltbar gewordenen Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung machten eine Reihe von Verhandlungen notwendig. Auf Antrag des Stadtrates soll auch der Beitrag zum Versorgungsverband um 1 Prozent erhöht werden, wogegen sich die Kollegenschaft scharf aussprach. Der Kassenericht wies für die Hauptklasse eine Ausgabe (hauptsächlich für Unterhaltungen) von 536,63 RM. auf. Die Bekaltasse hat einen Bestand von 174,92 RM. Die Wahl der Vorstandschäft brachte die Wiederwahl der bisher in der Vorstandschäft tätigen Kollegen. Kollege Sauermann (München) berichtete über den Stand der Tarifverträge für die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter, wies auf die durch die neue Reichsregierung verursachten härteren Kämpfe für die Arbeitnehmerchaft hin und ermahnte zu treuer Mitarbeit und Stärkung des Verbandes.

Leipzig. In der am 4. Februar stattgefundenen Generalversammlung erhaltete Bezirksleiter Kausal Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahr. Dieses war für die Arbeitnehmerchaft allgemein, besonders für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe ein Jahr des Abwehrkampfes. In vielen Verhandlungen mußte versucht werden, das bisher Erreichte zu erhalten, vor allem beim Abschluß der für 315 000 Personen geltenden Reichsmantelverträge der kommunalen Straßenbahnen und Gemeindearbeiter, was im wesentlichen gelang. Auch bei den Bezirksverhandlungen wurden die Interessen der Betriebsmitglieder auf die bestmögliche Art vertreten. Die Mitgliederzahl ging im Berichtsjahr von 885 auf 818 zurück trotz der vermehrten Einnahmen sind die Leistungen des Verbandes stärker in Anspruch genommen worden. In acht Fällen wurden Straßenbahner durch einen vom Verband gestellten Rechtsanwalt vor der Strafkammer vertreten. In fünf Fällen gelang es, einen Freispruch zu erzielen. Ein Straßenbahner wurde bezichtigt und zwei Fälle schweben noch. 148 Auskünfte über allgemeine Rechtsfragen, 195 Schriftsätze an Behörden, Gerichte usw., 92 von den Verbandsbeamten wahrgenommenen Termine vor den ordentlichen und Arbeitsgerichten mit rund 2000 Reichsmark Honorar, zeugen von der Arbeit, die im Interesse der Mitglieder geleistet ist.

Aus dem Bericht des 1. Kassierers, des Kollegen Garnisch, ging hervor, daß in 114 Fällen Krankheits-, in 40 Fällen Arbeitslosen-, in 6 Fällen Sterbegeld-, in 10 Fällen Notstands- und in 8 Fällen Rechtschutzunterstützung gewährt wurde. Neben 9 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen fanden 14 Mitgliederversammlungen statt. Außerdem beteiligten sich eine Anzahl Mitglieder an den verschiedensten Kursen der Reichhochschule.

Anfang März dieses Jahres tobte der Kampf um die Betriebsräte auf der ganzen Linie mit aller Schärfe entbrannt. Es gilt, dafür zu sorgen, die Politik aus den Betrieben fernzuhalten. NSD., NSD. und Stahlhelmverbände denken gar nicht daran, das Amt eines Betriebsrates im Sinne des Betriebsrätegesetzes zu verwalten. Nur gewerkschaftlich geschulte Betriebsvertreter sind den Aufgaben eines Betriebsrates gewachsen und bieten gleichzeitig Gewähr für die bestmögliche Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber.

Das Jahr 1932 war voll von politischen Katastrophen. Manches Gelände mußte von der Arbeiterchaft schwerlich aufgegeben werden. Aber noch sind die Kämpfe nicht zu Ende. Das Kabinett Schleicher wurde gestürzt. Einen „Sozialen General“ konnte man in Deutschland nicht gebrauchen. Neue Männer sind ans Ruder gekommen, und eine neue Reichsregierung hat ihren Einzug gehalten. Die erste Tat der neuen Reichsregierung ist die Verdrängung des Reichsarbeitsministeriums und die Berufung des bewährten Staatssekretärs Grieser. Die Folgen dieser Politik machen sich schon bemerkbar. In den am 1. Februar dieses Jahres in Berlin stattgefundenen Verhandlungen über die Verlängerung des Reichsmantelvertrages für die Privaten Straßenbahnen erklärten die Arbeitgeber durch ihren Vorsitzenden, daß sie überhaupt kein Interesse mehr am Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages hätten. Hat sich die Arbeiterchaft in der Vergangenheit allem nur auf die Hilfe des Staates verlassen, so ist sie jetzt wieder auf sich selbst angewiesen. Starke Organisationen sind das Wort der Stunde. In München, wie Hagenberg und Pagen hat die „Arbeiter- und Bauernschaft“ ihren Sitz genommen. Der 5. März wird darüber die Entscheidung fallen. In der sich anschließenden Vorstandswahl wurde einstimmig der

Kollege Scheuermann zum 1. Vorsitzenden gewählt. Die Kassengeschäfte führt wieder der seit 12 Jahren immer wieder gewählte Kollege Garnisch.

Roosburg hielt am 12. Februar seine Generalversammlung ab. Der Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, die beide an Stelle des leider erkrankten ersten Vorsitzenden Hellmeier vom Kassierer gegeben wurden, zeigten, daß trotz der schlechten Verhältnisse der gewerkschaftliche Geist in dieser Ortsgruppe rege geblieben ist. Die alte Vorstandschäft wurde einstimmig wiedergewählt. Kollege Leber (München) sprach dann zur Lage. Für die deutsche Arbeitnehmerchaft sei die Situation zurzeit sehr kritisch. Wenn auch unter der Regierung Brüning schwere Opfer uns auferlegt wurden, so konnten wir doch daran glauben, daß am Arbeitsrecht, Tarifrecht und an der Sozialversicherung nicht gerüttelt wurde. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist keine Garantie dafür, daß die Rechte der Arbeiterchaft gewahrt würden. Mehr denn je mußte daher die Arbeiterchaft zusammenhalten, um sich selbst zu behaupten zu können. Nach einem besonderen Hinweis auf die 1933 stattfindenden Betriebsratswahlen wurde die Versammlung geschlossen.

Reutstadt O/S. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 5. Februar statt. In außerordentlich harter Anzahl waren die Gemeindeglieder, die Kreis- und Provinzialstrafenwärter und Reichsarbeiter erschienen. Nach einem kurzen Vortrag des Kollegen Lenz-Gleimig über unsere Stellungnahme zu den politisch-sozialen Ereignissen der letzten Tage und Wochen fand eine Erhebung von vier verdienten Mitgliedern statt. Es wurde den Kollegen: Wedel, Hinte, Frau und Kowalczak für ihre verdienstvolle Mitarbeit im Verbande die silberne Ehrennadel überreicht. Danach fanden die Wahlen zum Vorstand statt; einstimmig wurden die Kollegen des alten Vorstandes wiedergewählt. Kollege Lenz sprach sich anerkennend über die Arbeit der Ortsgruppe Reutstadt aus und betonte, daß Reutstadt der beste Beweis für die Tatsache sei, daß es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung noch Idealismus und Ueberzeugungstreue gibt. Reutstadt, wo die christlichen Gewerkschaften seit 20 Jahren ansässig sind, hat stets als Hochburg unserer Bewegung gegolten. Wir müssen alles daransetzen, daß auch in Zukunft unser Verband sich im Reutstädter Bezirk noch härter entwickelt und bald der allerletzte Unorganisierte in unseren Reihen ist.

Rürnberg. Bei der Generalversammlung am 4. Februar erstattete Kollege Bamler den Jahresbericht. 1932 mit seinen Rotverordnungen war für die Arbeiterchaft ein schweres Jahr. Seitige Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse fanden statt. Durch die Tätigkeit des Verbandes konnten viele davon abgewehrt werden. 32 Versammlungen und Sitzungen waren zur Beratung und Aufführung der Mitglieder notwendig. Der Mitgliederstand hat sich gegenüber dem Vorjahr gehalten. Mit bitterer Schärfe zeigte Kollege Bamler die Schampröpfung des Existenzminimums und wie man trotzdem noch weitere Eingriffe in die soziale Gesetzgebung und das Arbeitsrecht im Schilde führte. Kollege Forchert gab den Kassenericht. Der Rückgang der Einnahmen ist auf die herabgesetzten Löhne zurückzuführen, die niedrigeren Beiträge werden in Form von Unterhaltungen abgelöst. An Stelle des wegen gewerkschaftlichen Aufgaben überlasteten zurückgetretenen Vorsitzenden, Kollegen Bamler, wurde Kollege Spuler zum 1. Vorsitzenden gewählt, zum Kassierer Kollege Forchert und zum Schriftführer Kollege Hemer. Kollege Bamler gab einen Bericht über die geleiteten Verhandlungen zum Zusatzabkommen und Kollege Forchert referierte über den derzeitigen Stand der Versorgungsbestimmungen. Mit der Aufforderung zur Zusammenfassung aller Kräfte schloß der Vorsitzende die von Einmütigkeit getragene Generalversammlung.

Cyffeln. Am 12. Februar hielt die Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach Bekanntgabe des Geschäftsberichts und der Kassenericht (sprach Kollege Lenz (Gleimig)) über unsere Abwehr gegen die reaktionäre Entwicklung der letzten Zeit. Er hielt es für seine Pflicht, alle Kollegen auf die Gefahren aufmerksam zu machen und daran zu erinnern, daß in den entscheidenden Kämpfen der kommenden Wochen auch der letzte Mann auf seinem Platze sein müsse. Wer jetzt der Demagogie der Nazis lauscht, sei ein verräterischer Mann. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Danach fand die Wahl zum neuen Vorstand statt. Es wurden gewählt: Kollege Girta als erster Vorsitzender, Kollege Grotz zum Kassierer und Reichsarbeiterkollege Jera zum Schriftführer.

Paffan (Gemeindearbeiter). Die gut besuchte Generalversammlung am 11. Februar bewies erneut die lebhafteste Anteilnahme der Verbandsmitglieder am Gewerkschaftsleben. Im letzten Jahre fand eine Generalversammlung, eine außerordentliche Versammlung mit einem Referat des Zentralvorsitzenden Ledebach sowie drei Mitgliederversammlungen und zehn Ausdrückungen statt. In den in Paffan stattgefundenen Verhandlungen zum Sozialen Reichsmantelvertrags nahmen einige Kollegen der Ortsgruppe teil. Diese berichteten, mit welchen Schwierigkeiten Tarifverhandlungen zu führen sind und wie schwer jede Fortschritt der Arbeitgeber abgerungen werden muß. Der Vorsitzende erwähnte weiter den Abschluß eines örtlichen Zusatzabkommens sowie die Abmachungen bezüglich der Rentensicherungen an die Pensionisten der Stadt. Bei dem örtlichen Zusatzabkommen spielte besonders die Gewährung der Schulbildung, Unterstützungszulagen und die Nebenstunden-Erleichterung eine große Rolle. Ein Antrag an die Gewerkschaft wegen Nichtversteuerung der Entfernungszulagen hatte gleichfalls vollen Erfolg. Die Kassenericht war ausführlich. In größter Einmütigkeit wurde die alte Vorstandschäft nahezu vollständig wiedergewählt. Zudem wurde zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen Stellung genommen. Zum Schluß hielt Kollege Sauermann (München) ein Referat „zur Lage“, in welchem er besonders die derzeitige staatspolitische Lage besprach und die Kollegenschaft zum weiteren Ausbau der Organisation als bestes

Mittel gegen die Reaktion aufforderte. In der Aussprache kam allseits der Wille zur Mitarbeit und weiteren Stärkung des Verbandes zum Ausdruck.

Rheinland (Reichsarbeiter). Die Generalversammlung am 10. Februar war nahezu vollständig besetzt. Kollege Schmid berichtete, daß sich die abgeleiteten Versammlungen immer eines guten Besuchs erfreuten und das organisatorische Leben gut entwickelt hat. Wiederholt mußten Verhandlungen mit der vorgesetzten Stelle der Standortverwaltung geführt werden, eine Reihe von Einzelstreitfällen (Gewährung des Volllohnes, Wiedereinstellung) führten zu einem vollen Erfolg. Der Kassenbericht über die Hauptkasse eine Ausgabe von 253,22 M. auf. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der gesamten Vorstandschaft mit einer kleinen Änderung bei den Beisitzern. Kollege Sauermann (München) berichtete über den derzeitigen Stand der tariflichen Verhältnisse, insbesondere über die vom R.M. verlangten Abänderungsanträge zum T.M. sowie über die in Aussicht gestandene Arbeitszeiterhöhung. In der Aussprache kam vor allem die Wunsch zum Ausdruck, daß es bei der bisherigen Arbeitszeit verbleiben möge, da nach Meinung der Kollegen genügend Arbeit vorhanden sei.

Ratibor. Am 11. Februar hielten wir unsere gut besetzte Generalversammlung ab. Kollege Wönnigal gab den Geschäftsbericht und betonte, daß unsere Bewegung sich im verflossenen Jahre in Ratibor trotz der Krise sehr entwickelt habe. Zum großen Teile rühre dies von der tatkräftigen und fleißigen Mitarbeit der Vertrauensleute her, denen er für ihre Arbeit den wärmsten Dank aussprach. Es ist uns gelungen, den Mitgliederbestand von 72 Anfang vorigen Jahres auf 86 zu erhöhen. Dann erteilte Kollege Kimmofstra den Kassenbericht. Kollege Lenz (Steinwig) hielt einen kurzen Vortrag über die Stellungnahme der Kommunalarbeiter zu den sozialpolitischen Gesetznissen der letzten Wochen. Heute geht es mehr als je darum, nach dem Kriege erstrittene Rechte zu verteidigen. Die Reaktion liegt auf der Lauer und bedroht die Arbeiterschaft in ihrer Existenz. Aus diesem Grunde kann es nur die eine Parole geben: hinein in die Organisation — Zusammenschluß aller Arbeiter! Mobilisierung auch des letzten Unorganisierten! Zum Vorsitzenden wurde Kollege Wollny gewählt, zum Kassierer Kollege Kessmir und zum Schriftführer Kollege Trenkel. Die Neugewählten dankten dem alten Vorstande für die Arbeit des vergangenen Jahres und versprachen, sich mit aller Kraft für die Ausbreitung und Stärkung unserer Ortsgruppe einzusetzen. Der bisherige Vorsitzende Wönnigal wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Mit besonderer Freude gab der Kollege Wollny bekannt, daß es gelungen sei, im Stadtquartier Ratibor 14 Kollegen zu organisieren, von denen bereits zwei Vertreter an der Versammlung teilnahmen.

Rosenheim. Die Generalversammlung am 11. Februar war verhältnismäßig gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß die sonstigen vier Versammlungen teilweise mäßig besucht waren. Das hat zum großen Teile in den parteipolitischen Verhältnissen unserer Stadt seine Ursache. Radikale Parteien versprechen der Arbeiterschaft alles Mögliche und versetzen sie so in die Auffassung, als ob der Stimmzettel allein über den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft bestimme. Diese verheerenden Umstände scheinen aber doch zu einem Teil überwunden zu sein, denn der Vorstand konnte mitteilen, daß ein Teil der aus diesen Gründen ausgeschiedenen Mitglieder sich wieder in der Organisation einfinden werde. Die Versorgungsverhältnisse der pensionierten Gemeindefunktionäre liegen wegen der Einwirkungen der Notverordnungen sehr im argen. Eine Eingabe an den Stadtrat wegen Gewährung von Schmutzzulagen blieb erfolglos, während einer anderen, wegen der Lohnklasseneinteilung, ein Erfolg beschieden war. Der Geschäftsbericht wurde beifällig aufgenommen; auch beim Kassenbericht war dies der Fall, wobei hohe Unterstützungsgeldesten des Verbandes in vollem Maße anerkannt wurden. Die Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt.

Darauf hielt Kollege Sauermann (München) ein Referat „Zur Lage“. Ausgehend von dem im Geschäftsbericht dargelegten unruhigen parteipolitischen Verhältnissen bewies Redner, daß nur durch gewerkschaftliche Arbeit ein dauernder Aufstieg der Arbeiterschaft möglich sei. Für die öffentlichen Betriebe kommt hierfür nur unser Verband in Frage. Redner forderte die Anwesenden auf, im neuen Geschäftsjahr nach dieser Richtung hin tätig zu sein und die Organisation zu stärken.

Saargau. In unserer diesjährigen Generalversammlung erstattete nach einem Ueberblick über die Arbeiten des vergangenen Jahres Kollege Fischer den Kassenbericht, der ein gutes Bild von der Entwicklung der Ortsgruppe ergab. Bei den Neuwahlen wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege Ulrich Luz, wiedergewählt, ebenso der Kassierer Karl Fischer und als Schriftführer Kollege Georg Gnant. Hierauf hielt Kollege Köblach einen längeren Vortrag über die gewerkschaftliche und sozialpolitische Lage des vergangenen Jahres, sowie die umfangreiche Tätigkeit, die der Verband besonders auch hinsichtlich des Abschlusses der Tarifverträge entfaltet hat. Seine Ausführungen ergaben insofern einen Lichtblick, als er auf Grund verschiedener Tatsachen darlegen konnte, daß der Tiefstand der Wirtschaftskrise erreicht ist, und man hoffen kann, daß eine allmähliche Aufwärtsentwicklung einsetzt. Dem Parteivorsitzenden, Stadtrat Suga, sprach er den besonderen Dank der Landesgeschäftsstelle aus, weil er in geschickter und tatkräftiger Weise stets für unsere Angelegenheiten im Gemeinderat eingetreten ist und vieles erreicht hat. Ebenso dankte der Vorsitzende, Kollege Luz, dem Kollegen Suga. Dieser ergriff sodann das Wort und wies vor allem auf die Bedeutung der kommenden Betriebsrätewahlen, wie überhaupt der sozialen Wahlen, die im Frühjahr erfolgen, hin. Kollege Wegel vom Fabrik- und Transportarbeiterverband dankte sodann für die Einladung und gab seiner Freude Ausdruck über die gute gewerkschaftliche Arbeit, die in unserer Ortsgruppe bisher geleistet wurde.

Wilschhofen. Die geradezu unerträglich gewordenen Verschlechterungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Reichswassertrassenarbeiter drückten der Generalversammlung am 22. Januar ihr Gepräge auf. Der Bericht des Vorsitzenden zeigte, daß der Einzelarbeitsvertrag der Kollegen mehrmals gekündigt wurde, um den Arbeitern Lohnherabsetzungen aufzuzwingen. Die Gewerkschaften haben sich wiederholt gewehrt, den vom Reichsverkehrsministerium verlangten Lohnabbau mitzumachen, ja sogar der bestellte Schlichter beim Reichsarbeitsministerium war nicht in der Lage, auf dem Schiedswege dem Willen des R.M. nachzukommen. Auf dem „Berordnungswege“ — wie das schöne Wort heißt — wurden dann die unteren Dienststellen ausgewiesen, den Arbeitern zu kündigen, sie aber wieder einzustellen, wenn sie eine entsprechende Lohnkürzung in Kauf nahmen. Zu einer solchen arbeitgeberseitigen Maßnahme gehört lediglich etwas Rücksichtslosigkeit und die ist gerade beim R.M. zu finden, wie die neuerlichen Lohnkündigungen beweisen. Nachdem noch Kollege Sauermann einen Bericht über die ganzen Zusammenhänge tariflicher Art erstattet hatte, kam in der Aussprache die große Erregung über die Handlungsweise des R.M. recht zum Ausdruck. Es wurde besonders geschmäht, wie durch den an sich geringen Lohn die Lebenslage sehr knapp sei, durch Fahrrad- oder Babynutzung, durch auswärtiges Einnehmen von Essen ufm. eine Menge von Nebenausgaben entstehen. Bei der jetzigen kalten Jahreszeit sei gute Bekleidung notwendig und es wurde gefragt, ob sich das R.M. überhaupt noch Gedanken darüber mache, wie seine Arbeiter leben können. Die Anwesenden sprachen die dringende Bitte aus, der Verband möge bei den zuständigen Stellen dahin wirken, daß die letzte auf dem Berordnungswege durchgeführte Lohnsenkung, die sich auf 3 bis 4 Etappen erstrecken soll, nicht durchgeführt werde. Die Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt.

Zweibrücken. Am 28. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Richard Burgard, erstattete den Jahresbericht. Die Fortsetzungsarbeit in dem Krisenjahr 1932, durch die R.M. und die Betriebszellen der R.S.D.A.P. hat bewirkt, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft in ihrer Entwicklung in sozialer Beziehung um zehn Jahre zurückgeworfen wurde. Die Notverordnungspolitik des Herrn von Papen hat die Löhne der Arbeitnehmer so stark gedrückt, daß die Lohnhöhe der Unterstügung der Wohlhabender nahezu gleichkommt. Dieser Zustand ist ungesund! Im letzten Jahre fanden die Generalversammlung und fünf Versammlungen statt. Die politischen Wahlen veränderten eine öftere und regere Versammlungstätigkeit. Verstorben ist der Kollege Jottner. Zu seinem Gedenken erhoben sich die Versammlungsteilnehmer von ihren Sigen.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Brand erstattet. Die Geldeinträge sind ordnungsmäßig an die Hauptkasse eingekandt worden. Die Ausgaben der Lokalfasse mit 75,77 RM überstiegen die Einnahmen von 60.— RM, sodaß sich der bisherige Ortskassenbestand auf 8,66 RM ermäßigte. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen: Mann als Vorsitzender, Brand als Kassierer, Wendel als Schriftführer gewählt.

Da auch in Zweibrücken in den öffentlichen Betrieben ein Teil der Kollegen unorganisiert sind, und dadurch die Arbeit der Gewerkschaft erschweren, soll versucht werden, diesen Wilden das Bewerfliche ihrer Handlung klarzumachen und sie zum Eintritt in unseren Verband zu bewegen. Es wird und muß uns gelingen, unsere Bewegung in Zweibrücken zur maßgebenden Gewerkschaft zu machen. Das ist das Ziel für das Jahr 1933!



GEDENKTAFEL

Ge storben sind die Kollegen:

Bernh. Maul, Radesheim	21. 1. 1933
H. J. Radescheidt, Köln	31. 1. 1933
H. Wilschewski, Königsberg	1. 2. 1933
Heinz Dollmann, Köln	2. 2. 1933
Heinz Bausch, Kachen	3. 2. 1933
Josef Meyer, Duisburg	3. 2. 1933
Th. Wönnemann, Münster	5. 2. 1933
Josef Kasprowich, Gladbeck	7. 2. 1933
Peter Bedorf, Bonn/Rhein	8. 2. 1933
Helo Müller, Offenbach/W.	8. 2. 1933
Peter Wörsdörfer, Köln	9. 2. 1933
Ludwig Wölscher, Düsseldorf	10. 2. 1933
Oskar Moog, Köln	14. 2. 1933
Willy Kauschen, Köln	15. 2. 1933

EHRE IHREM ANDENKEN!